

Winfried Schneider-Deters
Die Ukraine im Zentrum jeder Osteuropapolitik
Heidelberg, August 2013

Teil I: „Narrative Analyse“

Inhalt:

1. Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau

- Die Ukraine – ein integrationspolitisches Niemandsland
- Die „strategische Wahl“ der Ukraine zwischen europäischer und *eurasischer* Integration

2. Brüssels „drei Bedingungen“ für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens

- „Füle’s Liste“
- Kiews Verteidigungslinien

3. Das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen

- Diplomatische Entspannung
- Zeitfalle

4. Falsches Zeugnis wider Julija Tymoschenko

5. Arrangement mit Russlands eurasischem Integrationsprojekt

- Janukowytschs Koketterie mit „Eurasien“: ein „Bluff“?
- Kiews Bemühung um einen modus co-operandi mit Moskaus *eurasischem* Integrationsprojekt

6. Das ukrainische Dilemma der Europäischen Union

7. Eine neue Osteuropa-Politik der Europäischen Union

Teil II: Conclusio

- 1. Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU - Ukraine**
- 2. Zeitweilige Anwendung des Titels IV des Assoziierungsabkommens**
- 3. EU-Beitrittsperspektive**
- 4. Visa-freies Einreise-Regime**
- 5. Unterstützung der Ukraine in ihrem Bemühen um ein „Arrangement“ mit Russlands *eurasischem* Integrationsprojekt**
- 6. Eine neue Osteuropa-Politik der Europäischen Union**

Teil I: Narrative Analyse

1. Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau um die Ukraine

Die Ukraine – ein integrationspolitisches Niemandsland

Die Ukraine ist – gegenwärtig noch – ein integrationspolitisches Niemandsland, eine „terra nullius“, in welchem sich zwei „Nachbarschaften“ überlappen: Das „nahe Ausland“ der Russländischen Föderation¹ und die „östliche Nachbarschaft“ der Europäischen Union.

Während der Orangen Revolution im Jahre 2004 trat die latente Konkurrenz zwischen den beiden Gravitationspolen Brüssel und Moskau um die innere Ordnung der Ukraine offen zu Tage. In der „Zeit der Wirren“ – in der Amtszeit des Präsidenten Viktor Juschtschenko – führte das „orangene Chaos“ in der Ukraine sowohl in der Europäischen Union wie auch in den USA erneut (wie in der zweiten Amtszeit des Präsidenten Leonid Kutschma) zu „Ukraine fatigue“, zu einem gewissen Verdruss über die Ukraine. Nur unwillig wurden im Jahr 2007 Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zu dem im Jahre 2008 auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) aufgenommen.

Seit dem russisch-georgischen Krieg im August 2008 ist die Existenz einer Integrationskonkurrenz zwischen der Europäischen Union und Russland nicht mehr zu bestreiten. Motiviert durch seinen Verhandlungserfolg in Moskau gestand der französische Staatspräsident Sarkozy – in seiner Funktion als Präsident des Europäischen Rates – auf dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 9. September 2009 in Paris dem ukrainischen Präsidenten Juschtschenko zu, das Nachfolgeabkommen zum ausgelaufenen PKA als „Assoziierungsabkommen“ zu gestalten, wie von ukrainischer Seite nachdrücklich gewünscht. Bis dato wollte Brüssel nur über ein „Vertieftes“ PKA verhandeln. Unter dem Eindruck des bewaffneten Konflikts im Kaukasus willigten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer widerstrebend zu. Das Assoziierungsabkommen ist sozusagen ein ukrainischer Kriegsgewinn.

Zur selben Zeit rief die EU die „Östliche Partnerschaft“ (ÖP) ins Leben, mit der sie ihre Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) korrigierte, in welcher die europäische Ukraine auf einer Stufe mit dem nordafrikanischen Marokko und der westasiatischen Palästinensischen Autonomie-Behörde stand. Die „ÖP“ wurde allerdings expressis verbis als Alternative zur Mitgliedschaft im Rahmen der ENP konzipiert. Bis zur Mitte der

¹ Der Begriff des „nahen Auslands“ wurde nach der Auflösung der Sowjetunion von Moskau auf die „neuen unabhängigen Staaten, die ehemaligen Sowjetrepubliken, angewendet. Er wird heute nicht mehr verwendet.

Amtszeit des Präsidenten Janukowytsch galt die Ukraine als Hoffnungsträger dieser „vertieften“ Nachbarschaftspolitik.

Seit der Jahrtausendwende macht Moskau keinen Hehl aus seiner Absicht, in den ehemaligen Sowjetrepubliken russischen Einfluss zurückzugewinnen. Nach dem Fünf-Tage-Krieg im Kaukasus im August 2008 erklärte der russische Präsident Medwedew die „neuen unabhängigen Staaten“, die mit Russland durch „besondere historische Beziehungen verbunden“ seien, zur Sphäre, in welcher die Russländische Föderation „privilegierte Interessen“ habe. Moskau postulierte damit quasi eine „Medwedew-Doktrin“ in einer gewissen Analogie zur „Monroe-Doktrin“ der USA für Latein-Amerika.

Seit dem Amtsantritt des angeblich „pro-russischen“ Präsidenten Wiktor Janukowytsch drängt Moskau die Ukraine zur Mitgliedschaft in der Zollunion (russ. Tamožennyj sojuz) der drei Staaten Russländische Föderation, Weißrussland und Kasachstan und zum Beitritt zum Geeinten Wirtschaftsraum (russ. Edinoe èkonomičeskoe prostranstvo / EÈP).

Die „strategische Wahl“ der Ukraine zwischen europäischer und *eurasischer* Integration

Die offen ausgebrochene Integrationskonkurrenz zwischen der Europäischen Union und Russland stellte die Ukraine vor die strategische Entscheidung zwischen (EU-) europäischer und *eurasischer* Integration.

Die Europäische Union bietet der Ukraine eine Assoziierung neuen Typs an: Das Assoziierungsabkommen enthält als wirtschaftlichen Kern die Schaffung eines gemeinsamen „Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebietes“ (Deep and Comprehensive Free Trade Area / DCFTA). Das „DC“ bedeutet nicht nur den Abbau aller tarifären und nicht-tarifären Handelsbeschränkungen, sondern auch die regulatorische Angleichung an EU-Normen durch die Übernahme wirtschaftlich relevanter Teile des *acquis communautaire*. Das längerfristige Ziel des DCFTA ist die Integration der Ukraine in den Binnenmarkt der EU.

Ende 2011 wurden die Vertragsverhandlungen abgeschlossen, im März 2012 bzw. im Juni 2012 (das DCFTA) wurde das Abkommen paraphiert. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wurde von Seiten der Europäischen Union hinausgezögert, weil das Regime des Präsidenten Janukowytsch politische Prinzipien der Europäischen Union, insbesondere Rechtsstaatlichkeit und gerechte, ehrliche Wahlen, missachtet. Unter dem Vorbehalt *hinreichenden* Fortschritts bei der Erfüllung der „drei Brüsseler Bedingungen“ (siehe unten) des Europäischen Rates für auswärtige Angelegenheiten vom 10. Dezember 2012 sieht die Europäische Union die Unterzeichnung des paraphierten EU-Ukraine Assoziierungsabkommens (durch die 28 Staats- und Regierungschefs² der Mitgliedsländer) auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 28. und 29. November 2013 in Vilnius / Litauen vor.

² Seit dem 1. Juli 2013 ist Kroatien das 28. Mitglied der Europäischen Union.

Die Ukraine – sowohl unter Präsident Juschtschenko wie unter Präsident Janukowytsch – wünschte die Verankerung einer „europäischen Perspektive“, d. h. konkret, die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft in der Präambel des Assoziierungsabkommens. Eine solche Beitrittsperspektive wird ihr jedoch nach wie vor verweigert. Doch hat der Kommissar für Erweiterung und die Europäische Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, begonnen, die bisherige starre Haltung der EU aufzuweichen. In einer Rede anlässlich seines Besuches in Kiew am 7. Februar 2013 sagte er, vor wenigen Jahren noch habe es keine Verbindung zwischen der Östlichen Partnerschafts-Initiative und einer Mitgliedschafts-Perspektive gegeben. Dies habe sich mit der „neuen Nachbarschaftspolitik“ geändert, dem „more funds for more reform“ Ansatz, der am 25. Mai 2011 von der Hohen Repräsentantin für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik (und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission), Catherine Ashton, und Kommissar Štefan Füle verkündet wurde. „Es war die einzig logische Entscheidung bezüglich unserer Östlichen Nachbarschaft, uns auf das zu verpflichten, was der Lissabon-Vertrag, was der Artikel 49 sagt, nämlich dass jedes europäische Land, das die Werte und Prinzipien, auf welche sich die EU gründet, Mitglied der EU werden kann. Deshalb haben wir die Mauer zwischen der Östlichen Partnerschaft und der Beitrittsperspektive eingerissen.“ Tatsächlich aber weigert sich die Europäische Union bis heute, offiziell zu erklären, dass sie bereit ist, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen, sobald diese die erforderlichen Kriterien erfüllt.

2. Brüssels „drei Bedingungen“ für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens

Die Europäische Union ist – anders als Moskaus eurasisches Integrationsprojekt – nicht mehr nur eine *Wirtschaftsgemeinschaft*, die sie bis „Maastrich“ im Februar 1992 war, sondern auch eine politische Gemeinschaft, eine Union demokratischer Staaten auf einem langen, holprigen Wege zu einer politischen Union. Brüssel stellt dem autoritären Regime des Präsidenten Janukowytsch politische Bedingungen für die Unterzeichnung des (paraphierten) Assoziierungsabkommens, während Moskau dies nicht nötig hat, da alle gegenwärtigen Mitgliedsländer – wie auch die eingeladenen zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken – bereits „gelenkte“ Demokratien sind.

Das vorletzte, XV. EU-Ukraine Gipfeltreffen vom 19. Dezember 2011 in Kiew, das eigentlich ein Anlass zur Freude über den Abschluss der Assoziierungsverhandlungen hätte sein können, fand in einer gespannten Atmosphäre statt. Die führenden Vertreter der Europäischen Union mochten nicht länger die Augen vor der Regression der Demokratie in der Ukraine verschließen. Während die Verhandlungen über den Kern des Abkommens, nämlich über die Bildung eines gemeinsamen „Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebietes“ aufgrund der persönlichen Intervention des Präsidenten Janukovyč Fortschritte machten, musste Brüssel zur Kenntnis nehmen, dass er nicht beabsichtigte, die im politischen Rahmen des Abkommens vereinbarten demokratischen Prinzipien in der Praxis zu respektieren. In Erklärungen ihrer offiziellen Repräsentanten knüpfte die Europäische Union die Unterzeichnung des ausgehandelten

Assoziierungsabkommens an die „Lösung des Problems der selektiven Justiz“ und an die Einhaltung internationaler demokratischer Standards bei der für den 28. Oktober 2012 angesetzten Parlamentswahl.

Nach einer Debatte im Rat der EU-Außenminister (Rat für auswärtige Angelegenheiten, Foreign Affairs Council) am 14. Mai 2012 benannte die Europäische Union „drei Gebiete“, auf denen die Ukraine (freundlich formuliert) „eingeladen“ wurde, „Fortschritte mit dem Ziel zu machen, die politischen Voraussetzungen („circumstances“) für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens [...] zu schaffen“.³ Die am folgenden Tag stattfindende Tagung des „EU-Ukraine Kooperationsrates“,⁴ an welcher der ukrainische Premierminister Mykola Asarow teilnahm, bot eine günstige Gelegenheit, der Ukraine diese dreiteilige Botschaft zu übermitteln:

- Beendigung selektiver Justiz, expressis verbis die Freilassung des prominentesten Opfers politisch motivierter Rechtsprechung, Julija Tymoschenko;
- Einhaltung internationaler Standards bei den Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012;⁵
- Reform des Justizsystems entsprechend der vereinbarten Assoziierungsagenda.⁶

Die „drei Bedingungen“ wurden vor der Parlamentswahl am 28. Oktober 2012 von Seiten der Europäischen Union beharrlich wiederholt – allerdings eher als Erwartungen denn als ultimative Forderungen. Die (mit Ausnahme der expliziten Forderung nach Freilassung Julija Tymoschenkos) vage Formulierung erlaubt es Brüssel, ihre appellative Ukraine-Politik unverändert fortzusetzen, nämlich einerseits mit dem autoritären Regime des Präsidenten Janukowytsch im Gespräch bleiben, andererseits gesichtswahrend auf ihren Werten zu bestehen. Angesprochen auf die Vagheit der „Brüsseler Bedingungen“ sagte der Botschafter der Europäischen Union in der Ukraine, Jan Tobinski: „Politik ist keine exakte Wissenschaft. Es ist unmöglich, eine Liste strikter Kriterien anzulegen, die dann abgehakt werden kann [nach dem Muster]– erfüllt / nicht erfüllt.“⁷

³ Auf diese Debatte am 14. Mai 2012 wird in dem „Factsheet“ verwiesen, das unter dem Titel „The European Union and Ukraine“ am 10. Dezember 2012 (Brüssel) auf der Website des Europäischen Rates erschien: Wörtlich heißt es: „Following a debate at the 14 May 2012 Foreign Affairs Council, the EU presented three areas in which Ukraine was *invited* (kursiv WS-D) to make progress in order to create the political *circumstances* (kursiv WS-D) for the signing the Association Agreement ...“. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/134147.pdf.

⁴ Quasi-„Regierungsgespräche“ zwischen der Europäischen Kommission und dem Ministerkabinett der Ukraine. Der „EU-Ukraine Kooperationsrat“ ist ein Organ des (abgelaufenen) Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA).

⁵ Siehe Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin, 2012; hier: III.7.9 *Die Parlamentswahl im Oktober 2012 – der „Lackmustest“*, S. 552 - 554.

⁶ EU-Ukrainian Association Agenda; sie wurde am 23.11.2009 vom EU-Ukraine Kooperationsrat angenommen.

⁷ Einlassung auf einer Konferenz der „Ukrainischen nationalen Plattform“ des „Civil Society Forum of the Eastern Partnership“ (Forum graždanskogo obščestva Vostočnogo partnerstva) am 21. November 2012 in Kiew. Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 21.11.2012, unter Bezug auf die Agentur UNIAN; <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/21/6977854/>.

Die vage Formulierung dieser Konditionen lasse darauf schließen, dass sich die Europäische Union „Manövrierraum“ für den Fall erhalten wollte, dass sie nicht voll erfüllt werden würden, meinen Iryna Solonenko und Andreas Umland. Iryna Solonenko, Andreas Umland: EU-Ukraine Relations after the Ukrainian Parliamentary Elections, in NewEurope online, 18.11.2012;

Auf seiner Konferenz am 10. Dezember 2012 in Brüssel bekräftigte der Rat für auswärtige Angelegenheiten die drei Bedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens.⁸ Der Ministerrat erklärte in seinen „Schlussfolgerungen“ (Conclusions)⁹ die Bereitschaft der Europäischen Union, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine im November 2013 anlässlich des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft in Vilnius¹⁰ zu unterzeichnen – unter der Voraussetzung, dass Kiew „greifbare Fortschritte“ auf den drei umrissenen Gebieten mache.

Das Ergebnis des „Demokratietests“, zu dem die Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012 stilisiert worden war, wurde von den internationalen Wahlbeobachtern (aus dem Westen) mit „ungenügend“ benotet. „Mit Besorgnis“ nahm der Rat der EU-Außenminister bei dieser Gelegenheit das „gemischte Bild“ zur Kenntnis, das im vorläufigen Bericht¹¹ der internationalen Wahlbeobachter-Mission des *Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte* (BDIMR / ODIHR¹²) der OSZE von der ukrainischen Parlamentswahl am 28. Oktober 2012 gezeichnet worden war.¹³ Bezüglich zukünftiger Wahlen (als nächste steht im Jahre 2015 die reguläre Präsidentschaftswahl an) erwartet der Europäische Rat von der Führung in Kiew die Annahme der Empfehlungen des BDIMR zur Behebung der Mängel (der Parlamentswahl von 2012) und die Erarbeitung eines elektoralen Kodex „im Dialog mit der Opposition“.

Des Weiteren brachte der Rat seine „starke Besorgnis“ bezüglich „politisch motivierter Verurteilungen“ von Mitgliedern der früheren Regierung zum Ausdruck – in

<<http://www.neurope.eu/author/iryna-solonenko-andreas-umland>>. Iryna Solonenko, Europäische Universität Viadrina, Frankfurt / Oder; Andreas Umland, Nationale Universität „Kyiv-Mohyla Akademie“, Kiew.

⁸ Ein Vertrauensvorschuss auf die erwarteten Bemühungen der Ukraine, ihr Justizsystem zu reformieren und demokratische Wahlen abzuhalten war die Paraphierung des Assoziierungsabkommens durch die Europäische Kommission – des politischen Rahmens am 30.03.2012 und des umfangreichen wirtschaftlichen Teils am 19.07.2012.

⁹ unter Punkt 1 seiner 10 Punkte umfassenden EntschlieÙung. Council of the European Union: Council conclusions on Ukraine, 3209th Foreign Affairs Council meeting, Brussels, 10 December 2012 (Provisional Version); <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/134136.pdf>

¹⁰ Diesen Termin hatte der polnische Premierminister Donald Tusk anlässlich der 12. deutsch-polnischen Regierungsgespräche am 14.11.2012 in Berlin lanciert. *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 14.11.2012; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/14/6977478/>>. *Polskie Radio, Ukrain's'ka Slu¿ba*, 14.11.2012, <<http://redaktorext.polskieradio.pl/5/38/Artykul/118423>>.

¹¹ Die International Election Observation Mission (IEOM) war eine gemeinsame Unternehmung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO und des Europäischen Parlaments – unter Führung des BDIMR der OSZE.

¹² Office for Democratic Institutions and Human Rights.

¹³ Auf der gemeinsamen Pressekonferenz am Tage nach der Wahl (am 29. Oktober) kritisierten die Leiter der fünf Beobachter-Delegationen der International Election Observer Mission (IOEM) der OSZE den Mangel an Fairness, anerkannten aber eine relative Freiheit der Opposition im Wahlkampf – von der Enthauptung der Opposition durch die Verurteilung ihrer populärsten Führerin Julija Tymošenko zu einer Gefängnisstrafe abgesehen: „Der Wahlrechtsausschluss von Julija Tymošenko und Jurij Lucenko, dem Innenminister in ihrem Kabinett, „steht in Widerspruch zu den Verpflichtungen, die in den Paragraphen 5.1, 7,5 und 24 des Kopenhagen Dokuments von 1990 festgelegt sind. Die Tatsache, dass sie nicht in der Lage waren zu kandidieren, hat den Wahlprozess „negativ beeinflusst.“ Die Beurteilung der Wahl durch die IEOM lässt sich als „relativ frei, aber absolut unfair“ resümieren.

„Gerichtsverfahren, die in Bezug auf Fairness, Transparenz und Unabhängigkeit nicht den internationalen Standards“ entsprachen, und aufgrund derer ihnen die Teilnahme an der Parlamentswahl versagt blieb. Auf der Pressekonferenz nach der Tagung des EU-Außenminister (am 11. Dezember) antwortete die „Außenbeauftragte“ der Europäischen Union, Catherine Ashton, auf die Frage eines Journalisten, warum die Namen Julija Tymošenko und Jurij Lucenko in den „Schlussfolgerungen des Rates“ (European Council Conclusions) nicht genannt wurden, es gehe nicht um Personen, wie wichtig sie auch gewesen sein mögen; es gehe um das ganze Justizsystem.¹⁴

Die Brüsseler Forderung nach Beendigung „selektiver Justiz“ – der Begriff wurde zum Code für den Fall Julija Tymoschenko – wird vom Regime Janukowytsch mit der Behauptung abgewehrt, dass es eine solche in der Ukraine nicht gebe; Julija Tymoschenko und Jurij Luzenko, die ehemalige Premierministerin und ihr Innenminister, seien in ordentlichen Verfahren von unabhängigen Gerichten verurteilt worden. Diese mantrisch wiederholte Beteuerung wird in der Europäischen Union nicht für glaubwürdig gehalten; ihre Repräsentanten beharren auf Julija Tymoschenkos Freilassung¹⁵ als Voraussetzung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Vehement verwarf sich Brüssel gegen den Vorwurf aus Kiew, es ginge „den Europäern“ nur um die *Person* Julija Tymoschenkos. Bereits in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 22. Mai 2012 in Straßburg hatte Erweiterungs-Kommissar Štefan Füle erklärt, die Empörung in der Europäischen Union über „selektive Justiz“ beziehe sich nicht nur auf den Fall Julija Tymoschenko: „Politisch motivierte Justiz ist ein systemisches Problem in der Ukraine, das einer systemischen Lösung in Form einer umfassenden Justizreform bedarf.“¹⁶ Der schwedische Außenminister Karl Bildt hatte den Fall Tymoschenko bei einer anderen Gelegenheit die „Spitze eines Eisbergs“ genannt; Tymoschenko *symbolisiere* die Probleme mit der politisierten Justiz in der Ukraine.

Eine *genuine* Justizreform, durch welche die Unabhängigkeit der Judikative von der Exekutive, d. h., von der Administration des Präsidenten als der „letzten Instanz“, sicher gestellt würde, liegt nicht im Interesse des Präsidenten Janukowytsch. Die bisherigen Reformen im Bereich der Justiz sollten der Europäischen Union nur die Bereitschaft zur formalen Anpassung der einschlägigen ukrainischen Gesetzgebung an europäische Normen signalisieren – ohne die Herrschaft der „Macht“ (ukr. *vlada*, russ. *vlast'*, Staatsmacht) über das Recht aufzugeben. Deshalb erwartet der Rat der EU-Außenminister in seinen „Schlussfolgerungen“ die Revision des jüngst novellierten Gesetzes über die Staatsanwaltschaft¹⁷ mit Sicherheit vergebens: Die „Prokuratura“ ist

¹⁴ Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), 11.12.2012.

¹⁵ Jurij Luzenko wurde inzwischen von Präsident Janukowytsch „begnadigt“.

¹⁶ Štefan Füle, European Commissioner for Enlargement and European Neighbourhood Statement on the Situation in Ukraine, Case of Yulia Tymoshenko, European Parliament Plenary Session Strasbourg, 22 May 2012, Reference: SPEECH/12/373, Date: 22/05/2012.

<<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/373&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>>.

¹⁷ Am 13. April 2012 verabschiedete die Verchovna Rada eine neue StPO (Kriminal'no-procesual'nyj kodeks), die am 20. November 2012 in Kraft trat. Diese käme aber Julija Tymošenko nicht zu Gute, beeilte sich Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka zu erklären.

das Instrument, mit welchem die Exekutive die Rechtsprechung kontrolliert, da die Gerichte – in sowjetischer Tradition – „fast automatisch“¹⁸ den Anträgen der Staatsanwalt folgen.¹⁹

Kiew bekundete zwar in seiner diplomatischen Rhetorik die Bereitschaft, die Erwartungen der Europäischen Union auf den „drei Gebieten“ zu erfüllen – jedoch mit dem inneren Vorbehalt, genau dies in den essenziellen Punkten nicht zu tun. Zu Recht meint der britische Ukraine-Experte Andrew Wilson, Präsident Janukowytsch verstehe die Europäische Union nicht. Janukowytsch halte die politischen Erklärungen Brüssels für hohl; der Realpolitiker Janukowytsch denke nur in Kategorien von Kräfteverhältnissen.²⁰

Zwischen der Europäischen Union und der Ukraine herrscht ein asymmetrisches Kräfteverhältnis. Das neo-realistische Paradigma von Macht und Gegenmacht in internationalen Beziehungen ist auf die Einstellung des ukrainischen Präsidenten anwendbar. Doch es geht Janukowytsch weniger um die Interessen seines Landes in dessen Beziehungen zur Europäischen Union, sondern um seinen ganz persönlichen Machterhalt, für den der Staat Ukraine nur ein Instrument ist. Anstelle von theoretischen Erklärungen für internationale Beziehungen erscheint in Bezug auf ihn ein trivialer psychologischer Ansatz adäquater: Der Begriff der „Bauernschläue“. Die prinzipiellen Skrupel der Europäischen Union, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen, beweisen, dass sie keine Machtpolitik betreibt, d. h., dass sie die Ukraine nicht um jeden Preis in ihrem Orbit halten will; ihr Normen-Export läßt sich eher mit einem liberalen Ansatz theoretisch fassen. Als Verfechterin politisch-moralischer Werte kann die Europäische Union nur eine appellative Ukraine-Politik betreiben, um auf Janukowytschs interne Politik einzuwirken. Als globale Wirtschaftsmacht jedoch hat die Europäische Union sehr wohl praktische Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik in der Ukraine.

Tatsächlich aber ist der „Realpolitiker“ Janukowytsch „out of touch“ mit der Realität. Nach Meinung des Politikwissenschaftlers Andreas Umland²¹ wurde die ukrainische Führung „Opfer ihrer eigenen Propaganda“, die sich „ihre eigene alternative Realität der Beziehungen Ukraine-EU“ schuf. Kiew reagiere auf die sich verfestigende Haltung der Europäischen Union mit Selbsttäuschung und Wirklichkeitsflucht. Umland verweist darauf, dass die EU-Staats- und Regierungschefs, an denen es liegt, ob das Abkommen unterzeichnet wird, vor allem „Innenpolitiker“ sind, deren politisches Schicksal von

¹⁸ Dänisches Helsinki Komitee, Bericht II. Danish Helsinki Committee: Legal Monitoring in Ukraine II, datiert 12.08.2011, veröffentlicht am 24.08.201; <www.helsinki-komiteen.dk/Dokumenter/LM-Ukraine.%20II.pdf>.

¹⁹ Siehe Kapitel II.4, „Gleichschaltung“ der Judikative, in: Winfried Schneider-Deters, op. cit., S. 209 - 225.

²⁰ Andrew Wilson, Senior Policy Fellow, European Council on Foreign Relations, in einem Interview mit *Ukraïns'kyj tyzden*, 22.02.2013; <<http://tyzhden.ua/Politics/72389>>.

²¹ *Ukrainskaja pravda* (russ. Azsgabe), 22.02.2013, unter Bezug auf *Tyžden'.ua*, die sich ihrerseits auf einen Artikel in *The National Interest* bezieht. <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/22/6984146/>>.

Dr. Andreas Umland ist DAAD-Fachlektor und Dozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft im Masterprogramm für Deutschland- und Europastudien der Nationalen Universität 'Kiewer-Mohyla-Akademie' (Nacional'nyj Universytet Kyjevo-Mohyljans'ka Akademijska / NaUKMA).

nationalen Wahlen abhängig ist. Angesichts des schlechten Images der Ukraine sei deren Assoziierung mit der Europäischen Union den Wählern in den EU-Mitgliedsländern kaum zu vermitteln.

„Füle’s Liste“

Auf der Grundlage der Entschließung des Rates für auswärtige Angelegenheiten vom 10. Dezember 2012 erarbeitete die Europäische Kommission eine Liste von 19 Kriterien, deren Erfüllung durch die Ukraine die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens erlauben würde. Mit dem Monitoring der 19 Indikatoren des Fortschritts in den aufgezeigten „drei Richtungen“ wurde Erweiterungskommissar Štefan Füle beauftragt.

Er wisse von der Existenz dieser Liste; diese sei ihm aber nicht offiziell übergeben worden, erklärte der neue Außenminister Leonid Koschara (Kozhara)²² nach seinem Besuch in Brüssel gegenüber der Zeitung *Kommersant Ukraina*.²³ Im Großen und Ganzen entspreche diese Liste dem Reformprogramm der ukrainischen Regierung, versuchte er deren Bedeutung herabzusetzen. Zwar sei die angebliche „selektive Justiz“ in der Ukraine einer der Monitoring-Punkte, doch enthalte die Liste keine direkte Forderung nach Freilassung Julija Tymoschenkos und Jurij Luzenkos, betonte Kozhara; Namen würden nicht genannt. Er sehe auch keinen wechselseitigen Zusammenhang zwischen der Lösung von strittigen Rechtsfällen und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, erklärte er auf einer Pressekonferenz. Hryhorij Nemyrja, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Werchowna Rada (Fraktion *Vereinigte Opposition*, *Batkivschtschyna*) teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass ihm in Brüssel die operative Evaluierung des von der Ukraine erreichten Fortschritts durch die Kommission mittels einer Liste bestätigt worden sei. Laut Peter Stano, Füle’s Sprecher, existieren die 19 Indikatoren nicht auf der offiziellen Ebene, „aber wir führen einen ständigen Dialog mit der Ukraine über das, was konkret nötig ist, damit den Forderungen der Europäischen Union in den „drei Sphären“, die in der Entschließung des Rates für auswärtige Angelegenheiten vom Dezember 2012 bestimmt wurden, voll entsprochen werden kann.“²⁴ Das einzige relevante Dokument sei aber die Entschließung des Rates vom 10. Dezember 2012.

Am Vorabend des Gipfeltreffens übergab Kommissar Füle in Kiew dem ukrainischen Premierminister Asarow eine auf 11 Punkte verkürzte Prioritätenliste, die zwar ein „non paper“ sei, der Europäischen Kommission aber als Prüfliste diene, wie die Internet-Zeitung *Ukrainskaja pravda* meldete.²⁵ Außenminister Kozhara sagte nach dem Besuch

²² Die Aussprache wird in der englischen Umschrift „Kozhara“ adäquater wiedergegeben, weshalb im nachfolgenden Text diese Schreibweise verwendet wird.

²³ *Kommersant’ Ukraina*, Nr. 18 (1721), 06.02.2013;
<<http://www.kommersant.ua/doc/2121146>>.

²⁴ *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 06.02.2013, unter Bezug auf die Zeitung *Kommersant’-Ukraina*;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/6/6982960/>>.

²⁵ *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 26.02.2013;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/26/6984342/>>. Serhij Leščenko: Janukovyč: ostannij brjussel’s’kyj vojaž ? (Janukovyčs letzte Reise nach Brüssel?), in: *Ukrainskaja pravda*, 26.02.2013;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2013/02/26/6984321/>>.

Füles in einer live Sendung des Fernsehkanals INTER, er würde die elf Evaluierungskriterien nicht „Forderungen“ sondern „Wünsche“ der Europäischen Union nennen.²⁶

Kiews Verteidigungslinien

Maßgebliche Politiker des Regimes nährten mit ihren Äußerungen die Illusion, die Ukraine könne die Assoziierung mit der Europäischen Union erreichen, ohne ihr entgegenzukommen, d. h., ohne deren politischen Forderungen nachzukommen. Kostjantyn Jelisjejew, der Botschafter der Ukraine bei der Europäischen Union, erklärte vor dem Gipfeltreffen, sein Land weise jede Art von Vorbedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zurück.²⁷ In Brüssel wurden denn auch keine großen Erwartungen an das Gipfeltreffen geknüpft, d. h., nicht mit substantziellen Konzessionen seitens des Regimes Janukowytsch gerechnet.

Am 18. Februar 2013 nahm die ukrainische Regierung einen „Plan prioritärer Maßnahmen im Bereich der Integration der Ukraine mit der EU“ an, sozusagen „ein eigener Weg nach Europa“ (Serhij Sidorenko, *Kommersant Ukraina*²⁸). Premierminister Asarow veröffentlichte eine – vom Ministerkabinett abgesegnete – Liste von Kriterien, deren Erfüllung die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens erlauben würde. Asarow erklärte, der Aktionsplan seiner Regierung sei keine Dublizierung der EU-Liste. In der Tat fehlten zwei sensitive Punkte: die „selektive Justiz“ und das Wahlrecht, zwei Schlüsselbereiche für den Machterhalt des Regimes Janukowytsch. „Asarow’s Liste“ erwähnte zwar die „Vervollkommnung“ der Wahlgesetze; doch hält Kiew die Brüsseler Forderung nach einem elektoralen Kodex für inakzeptabel. Außenminister Kozhara erklärte in einem Interview mit der Zeitung *Kommersant Ukraina*: „Häufig berücksichtigt die EU nicht unsere politischen Traditionen und unsere legislative Praxis, wenn sie auf Normen besteht, die nicht zu unserem Land gehören.“ Es sind sowjetische Traditionen, die er damit anspricht, und eine legislative Praxis, die nicht dem Wohl des Landes, sondern nur dem Machterhalt der Partei der Regionen dient.

Das Monitoring des Aktionsplans der Regierung übernahm Premierminister Asarow selbst. (Das Amt eines Vizepremierministers für europäische Integration war im Dezember 2012 im Zuge der Regierungsumbildung nach der Parlamentswahl abgeschafft

²⁶ *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 18.02.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/18/6983787/>>.

²⁷ Er verstünde nicht, warum der Ukraine Bedingungen auferlegt würden, von den USA aber vor der Aufnahme von Verhandlungen für die Bildung einer (transatlantischen) Freihandelszone nicht – z. B. nicht die Abschaffung der Todesstrafe verlangt würde. Die Ukraine würde von der Europäischen Union einerseits wie ein Beitrittskandidat, andererseits aber nur als Nachbar behandelt. Ukraine rejects pre-conditions for EU deal, in: *EurActiv*, 20.02.2013 (updated 21.02.2013); source URL: <<http://www.euractiv.com/europes-east/ukraine-rejects-pre-conditions-e-news-517934>>.

²⁸ Serhij Sidorenko in: *Kommersant Ukraina*, Nr. 26 (1729), 18-02-2013; <<http://www.kommersant.ua/doc/2129992>>. Korrespondent.net, 18-02-2013; <<http://korrespondent.net/ukraine/politics/1506431-otvet-evrope-ukrainskie-vlasti-utverdili-svoj-spisok-fyule>>.

worden.) Doch Asarow, der „Europäer wider Willen“ entsprach wohl nicht den Anforderungen der Zeit, denn am 12. März bestätigte Präsident Janukowytsch per Erlass eine Resolution des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, mit welcher dieser die effektive Koordinierung aller Aktivitäten der diversen zentralen Organe bezüglich der europäischen Integration der Ukraine unter der Verantwortung seines Sekretärs, Andrij Kljujew, übernahm. Einen Monat später, am 13. Mai 2013, ernannte Präsident Janukowytsch Botschafter Kostjantyn Jelisjejew zum „Kommissar für Auswärtige Politik und Integrationsfragen“.

Am 23. und 24. April 2013 besuchte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Andrij Kljujew, in seiner neuen Eigenschaft als „Koordinator“ die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in Brüssel. Kljujew traf sich mit Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, und mit Štefan Füle, dem Kommissar für Erweiterung und die Europäische Nachbarschaftspolitik, „um den Fortschritt der Ukraine bei der Erfüllung der Erfordernisse für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu erörtern, die in der „Gemeinsamen Erklärung“ des EU-Ukraine Gipfeltreffens vom 25. Februar 2013 spezifiziert wurden, wie sein Pressedienst verlauten ließ. In dieser Pressemitteilung steht, dass Kiew nicht bereit sei, „einseitige Forderungen“ der Europäischen Union zu erfüllen; die ukrainische Regierung lasse sich ausschließlich von den Dokumenten leiten, die von beiden Seiten vereinbart wurden.²⁹ Das Dokument, dessen Umsetzung sich die Ukraine verpflichtet habe, anerkenne nicht die Existenz praktizierter selektiver Justiz in der Ukraine.

Tatsächlich ist der Tenor der „Gemeinsamen Erklärung“ des Gipfeltreffens weicher als die Resolution des Rates für auswärtige Angelegenheiten vom 10. Dezember 2012. In diesem Dokument heißt es: „Beachtung [sollte] denjenigen rechtlichen Angelegenheiten [geschenkt werden], die besondere Besorgnis hervorrufen.“³⁰ Julija Tymoschenkos Name wird darin nicht genannt. Ihr Name taucht aber in der Liste auf, die von der Europäischen Kommission nach dem Gipfeltreffen präsentiert wurde („Füle’s Liste“). Ferner heißt es in Kljujews Pressemitteilung, dass – entgegen der von der Europäischen Kommission vorgebrachten Forderung – die Ukraine sich nicht verpflichtet habe, einen elektoralen Kodex anzunehmen.

Doch nicht nur die drei politischen Bedingungen, deren Erfüllung die Europäische Union zur Voraussetzung macht, läßt die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November 2013 in Vilnius offen erscheinen. Die ukrainische Regierung stellt auch ausgehandelte Ergebnisse des paraphierten Assoziierungsabkommens, die den – „unpolitischen“ – beiderseitigen Handel betreffen, wieder in Frage. Der vollständige Abbau von (noch) bestehenden Zöllen und Einfuhrbeschränkungen ist die minimale Basis des Titels IV über die Schaffung eines gemeinsamen Freihandelsgebietes. Die ukrainische Regierung jedoch kündigte die „Revision“ der Zoll-Tarife von rund 300 Tarifnummern des Warenverzeichnisses an, und bringt damit alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) gegen sich auf. Insbesondere plant sie eine Sondersteuer

²⁹ Sergej Sidorenko in *Kommersant’-Ukraina*; <<http://www.kommersant.ua/doc/2178258>>. *Ukrainskaja pravda*, 25 April 2013, <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/04/25/6988909/>>.

³⁰ „Attention (should be paid) to juridical matters, which provoke special concern“;

auf den Import von Automobilen aus der Europäischen Union sowie Zölle auf Ausrüstungen für die Erzeugung von erneuerbarer Energie. Am 29. und 30. April stattete der Erste Stellvertretende Premierminister, Serhij Arbusow, der Europäischen Kommission seinen ersten offiziellen Besuch ab. Er traf sich mit Olli Rehn, dem Kommissar für Wirtschaft und Währung und mit Karel de Gucht, dem Kommissar für Handel. Erörtert wurden „Wege, um die bestehenden Probleme in den Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten zu lösen, damit ihr potenziell negativer Einfluss auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens vermieden werde.“

Das „Maximum“ dessen, was von ukrainischer Seite in dem laufenden „Konsultationsprozesses“ vorgeschlagen wurde, ist „die Fortsetzung interner ukrainischer Überlegungen über mögliche Lösungen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Delegation der Europäischen Union in Kiew.³¹ Es hat den Anschein, dass das Regime in Kiew absichtlich Maßnahmen gegen den Geist des Freihandels erfindet, um deren Zurücknahme als Geste guten Willens zu präsentieren. Das erpresserische Verhalten der Unterhändler des Regimes Janukowytsch in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission entspricht dem Geschäftsgebaren dieser „politiki-biznesmeni“, durch das sie illegitim zu Reichtum gekommen sind. Sie sind keine „ehrbaren Kaufleute“. Ihre Rhetorik ist unaufrichtig; Verträge werden aus taktischen Gründen unterschrieben, doch die Regel „pacta sunt servanda“ gilt nichts. Das Regime des Präsidenten Janukowytsch ist kein verlässlicher Partner.

3. Das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen

Diplomatische Entspannung

Am 25. Februar 2013 fand in Brüssel das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen statt, an dem auf EU-Seite Herman Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, José Manuel Durão Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission und Štefan Füle, der Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, sowie der Kommissar für Energie, Günther Oettinger, teilnahmen. Der ukrainischen Delegation unter Führung des Präsidenten Viktor Janukowytsch gehörten Serhij Lowotschkin (L'owočkin), der Chef seiner Administration an, sowie die Minister Jurij Bojko (Vizepremierminister), Leonid Kozhara (auswärtige Angelegenheiten), Oleksandr Lawrynowytsch (Justiz³²) und Eduard Stawyzkyj (Energie) an.

Die „Regierungskonsultationen“ auf Ministerebene begannen nach einem zweistündigen Gespräch der drei Präsidenten – Van Rompuy, Barroso und Janukowytsch. Auf der Tagesordnung standen – neben Fragen des (gegenwärtigen) Vorsitzes der Ukraine in der

³¹ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 26.07.2013; <http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/07/26/6995028/>.

³² Die Teilnahme des Justizministers Lavrinovyč an dem Gipfeltreffen hatte vermutlich den Zweck, den Vorwurf der Selektivität der ukrainischen Rechtsprechung seitens der Europäischen Union abzuwehren.

OSZE und des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft am 28. und 29. November 2013 in Vilnius (Litauen) – sachpolitische Themen wie

- die im Juli 2012 unterzeichnete Ergänzung zum Visaverleicherungsabkommen (Visa-Facilitation-Agreement) vom 1. Januar 2008;³³
- die Energiekooperation der EU mit der Ukraine und der Energiekonflikt der Ukraine mit Russland;³⁴
- das Memorandum of Understanding über eine makro-ökonomische finanzielle Unterstützung der ukrainischen Zahlungsbilanz in Höhe von 610 Millionen EURO.³⁵

Der Hauptteil des Gipfeltreffens aber war dem Anliegen gewidmet, „die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die richtigen politischen Umstände (für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens) zu schaffen...“, wie Ratspräsident Van Rompuy drei Tage vor dem Treffen gegenüber der Presse erklärte.³⁶ Unter Bezug auf diplomatische Kreise meldete die Agentur Interfaks-Ukraina, dass Fragen bezüglich der Rechtsfälle Julja Tymoschenkos und Jurij Luzenkos wegen ihrer Sensibilität nur im engsten Kreis der drei Präsidenten besprochen worden seien.³⁷

Präsident Janukowytsch erklärte zu Beginn der Plenarsitzung, dass sich die ukrainischen Aspirationen, Europa näher zu kommen, seit der „Proklamation des europäischen Integrationskurses nicht geändert“ hätten.³⁸ In diesem Jahr „müssen wir den letzten Schritt tun und das Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Die ukrainische Regierung ist willens, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dieses strategisch wichtige Ziel zu erreichen. [...] Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im November 2013 und seine sofortige Umsetzung ist unsere gemeinsame Aufgabe.“³⁹

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz der drei Präsidenten sagte Ratspräsident Van Rompuy: „Wir haben uns auf „drei Fragenblöcke“ konzentriert, in denen die EU konkrete Kriterien bestimmt hat – selektive Justiz, Wahlrecht und die Assoziierungsagenda“. Die Ukraine müsse bis spätestens Mai 2013 Fortschritte in diesen Fragen vorweisen. „Unsere

³³ <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/news/news/2013/docs/20130701_vfa_agreement_ukraine_en.pdf>.

³⁴ Die Ukraine ist seit Februar 2011 Mitglied in der Europäischen Energiegemeinschaft – und erwartet „Solidarität“ von der EU in ihren Auseinandersetzungen mit Russland. Die Teilnahme des Energiekommissars Öttinger und des ukrainischen Energieministers Stavyc'kyj an dem Gipfeltreffen unterstreicht die Bedeutung dieses Themas für beide Seiten.

³⁵ Sie ist geknüpft an Fortschritte in den Verhandlungen der Ukraine mit dem Internationalen Währungsfonds, die im März 2013 wieder aufgenommen wurden. Der IWF verlangt die Erhöhung der staatlich subventionierten Gaspreise für private Haushalte, um das Defizit der staatlichen Öl- und Gas-Gesellschaft Naftohaz Ukrainy zu senken. Präsident Janukowyč versicherte jedoch den ukrainischen Verbrauchern, dass die Gaspreise nicht erhöht würden.

³⁶ Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), 23.02.2013. „The core part of the summit will be focused on the necessary steps to create the right political circumstances...“.

³⁷ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 25.02.2013, unter Bezug auf die Agentur Interfaks-Ukraina; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/25/6984306/>>.

³⁸ Offizielle Website des Präsidenten.

³⁹ Official Website of President of Ukraine, Press office of President Viktor Yanukovich, 25.02.2013; URL: <<http://www.president.gov.ua/en/news/26962.html>>.

Besorgnis hinsichtlich der selektiven Justiz dauert an.“⁴⁰ Kommissionspräsident Barroso nannte den Austausch mit Präsident Janukovyč offen und konstruktiv. Beide Partner seien willens und bereit, das gemeinsame Ziel, die „politische Assoziierung und ökonomische Integration“ der Ukraine – so die Formel für die neue Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine – zu erreichen.⁴¹ Er erwarte nun konkrete Aktionen in den „drei Schlüsselbereichen“, die in dem gemeinsamen Communiqué angeführt seien: Änderungen der Wahlgesetzgebung; allgemeine politische und ökonomische Reformen und – dies sei entscheidend – die Lösung des Problems selektiver Justiz.⁴²

Präsident Janukovyč berührte das Thema „selektive Justiz“ in seinem Kommentar nur indirekt. Er begrüßte die Fortsetzung der Cox-Kwaśniewski-Mission⁴³, die im Auftrag des Europäischen Parlaments die Gerichtsverfahren gegen Julija Tymoschenko und Jurij Lucenko beobachtet. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte würden schnellstens umgesetzt werden, versprach er. Allgemein zeigte er sich zufrieden mit den Ergebnissen des Gipfeltreffens. „Meine Kollegen und ich“ haben die gemeinsame Absicht bekräftigt, jede Anstrengung zu unternehmen, um das Assoziierungsabkommen auf der Gipfelkonferenz der Östlichen Partnerschaft in Vilnius im November 2013 zu unterzeichnen.⁴⁴

In ihrer (hastig formulierten) „Gemeinsamen Erklärung“ (Joint Statement)⁴⁵ bekräftigen „die Führer“ („leaders“; Ratspräsident Van Rompuy, Kommissionspräsident Barroso und der ukrainische Präsident Janukovyč) „ihr Commitment zur Unterzeichnung des bereits ratifizierten Assoziierungsabkommens, [...] sobald entschlossenes Handeln und ein greifbarer Fortschritt auf den drei Gebieten demonstriert werden [...] und zwar möglicherweise auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius im November 2013. Die Ukraine ist daher entschlossen, die Kriterien („elements“), die in den Schlussfolgerungen des Rates für auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union vom 10. Dezember 2012 zu diesem Zweck spezifiziert wurden, zu erfüllen.“

Der ukrainische Botschafter bei der Europäischen Union, Kostjantyn Jelisjejew, versuchte den Eindruck in der ukrainischen Öffentlichkeit zu vermeiden, die EU stelle „Forderungen“, welche die Ukraine zu erfüllen habe. In einer Sendung des Fernsehsenders ICTV sagte er, auf dem Gipfeltreffen seien „keine Bedingungen oder irgendwelche Ultimaten“ gestellt worden.⁴⁶ Es sei um „drei Kriterien“ gegangen, nach denen die Erreichung von Fortschritten bis Mai 2013 „wünschenswert“ sei.

⁴⁰ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 25.02.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/25/6984292/>>.

⁴¹ European Commission, Statement by President Barroso following the 16th EU-Ukraine Summit, 26.02.2013.

⁴² Die Formulierung der „drei Bedingungen“ variiert; das „Problem selektiver Justiz“ – mit und ohne Nennung von Namen betroffener Politiker – bildet jedoch eine Konstante.

⁴³ Pat Cox, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments; Alexander Kwaśniewski, ehemaliger Präsident Polens. Jurij Lucenko wurde in der Zwischenzeit begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen.

⁴⁴ Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), 25.02. 2013.

⁴⁵ Council of the European Union, 16th EU-Ukraine Summit: Joint Statement, Brussels, 25 February 2013 (6811/13, Presse 72, en); <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/135667.pdf>.

⁴⁶ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 26.02.2013;

Der ukrainische Außenminister Leonid Kozhara versteht Diplomatie als die Kunst der zynischen Umdeutung von Problemen in internationalen Beziehungen. In einer politischen Talk Show machte der im Dezember 2012 ernannte Chef des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten das prinzipielle Problem in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine zu einem Konflikt innerhalb der EU. Er hoffe, sagte er, die europäischen Länder würden diese Probleme bis zum Gipfeltreffen im November 2013 in Vilnius unter sich lösen.⁴⁷

Die Bedeutung des EU-Ukraine Gipfeltreffens vom 25. Februar 2013 beschränkt sich auf eine gewisse Entspannung der Atmosphäre, auf die Wiederbelebung des „Dialogs“. Unter „Dialog“ versteht Präsident Janukowytsch allerdings eine Taktik, mit der er die Europäische Union hinhält, d. h., das „Gespräch“ in Gang hält, ohne – in den für seinen Machterhalt zentralen Fragen – die geringsten substanziellen Zugeständnisse zu machen. Auf beiden Seiten wurde vor dem Gipfeltreffen der Ton konzilianter, ohne dass in der Sache Abstriche gemacht wurden. Einige ukrainische Experten sehen in dem Fakt, dass das Gipfeltreffen überhaupt stattfand, dessen hauptsächliche Errungenschaft – so Valerij Tschalyj, der Stellvertretende Generaldirektor des *Razumkov-Zentrums*⁴⁸ und Volodymyr Fesenko, Direktor des *Penta Zentrums für angewandte politische Studien*.

Ratspräsident Van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso unterstellen dem ukrainischen Präsidenten guten Willen, wohl wissend, dass er einen solchen in den entscheidenden Fragen nicht hat – mit der unverkennbaren Absicht, sein Regime wenigstens zu minimalen (oder auch nur formalen) Zugeständnissen bei der Erfüllung ihrer „drei Bedingungen“ zu bewegen. Mit dem Ziel, das Regime Janukovyč auf Europa-Kurs zu halten und eine Abdrift nach Eurasien zu verhindern, machten sie sozusagen gute Miene zum bösen Spiel.

Das Gipfelgespräch war eine Gelegenheit, auf höchster Ebene noch einmal die beiderseitigen Grenzen der Konzessionsbereitschaft auszuloten: Konkret bot es dem ukrainischen Präsidenten Janukowytsch die Möglichkeit, selbst zu testen, ob die Europäische Union unnachgiebig auf der Freilassung Julija Tymoschenkos als Voraussetzung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November 2013 in Vilnius besteht; die Europäische Kommission konnte versuchen herauszufinden, ob es Präsident Janukowytsch ernst meint mit der in Wisła (Polen) angedeuteten Bereitschaft, den „schmerzhaften Fall“ Tymošenko zu lösen.

<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/26/6984320/>>.

⁴⁷ ICTV, „Svoboda Slova“ (Freiheit des Wortes), 28. Januar 2013. Quelle: Andreas Umland in seinem Artikel für das *Foreign Policy Journal* vom 26.02.2013;

<<http://www.foreignpolicyjournal.com/2013/02/26/ukraines-historic-moment-and-how-it-may-be-lost/>>.

⁴⁸ in einem Interview mit Interfaks-Ukraina, 26.02.2013.

Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen, am 20. und 21. Februar 2013, hatten sich der polnische Präsident Bronisław Komorowski, der slowakische Präsident Ivan Gašparovič und der ukrainische Präsident Janukowytsch zu Gesprächen in Wisła (Polen) getroffen.⁴⁹ Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts verlautet; es ist zu vermuten, dass Komorowski und Gasparovic dem ukrainischen Präsidenten ins Gewissen geredet haben. In der anschließenden Pressekonferenz sagte Komorowski entgegenkommend: „Wir treffen uns zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt, da der Entscheidungsprozess der Europäischen Union bezüglich der Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens beginnt [...] zu einer Zeit, zu der über das Schicksal der gewaltigen Anstrengungen entschieden wird, welche die Ukraine in den Verhandlungen (über das Abkommen) [...] unternommen hat“ – und für deren erfolgreichen Abschluss sich Präsident Janukowytsch persönlich eingesetzt hat. [...] Wir wollen der Ukraine helfen, das gewünschte Ziel, nämlich die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November in Vilnius zu erreichen – und auf der Basis unserer Gespräche ein „positives Signal“ für das bevorstehende Gipfeltreffen am 25. Februar nach Brüssel senden.“ Komorowski äußerte sich optimistisch über die Entscheidungen, die Janukowytsch treffen werde, um das positive Image der Ukraine in den Mitgliedsländern der Europäischen Union wiederherzustellen. Diese Entscheidungen sollten sich vor allem auf die „Situation“ der früheren ukrainischen Premierministerin Julija Tymoschenko und des früheren Innenministers Jurij Luzenko beziehen.⁵⁰ „Wir verstehen die Schwierigkeiten und Besorgnisse unserer Freunde und wir haben erkannt, dass ein Kompromiss und die Suche nach Lösungen eine wichtige Aufgabe für die nächste Zukunft sind,“⁵¹ entgegnete der ukrainische Präsident Janukowytsch auf der Pressekonferenz in Wisła.⁵²

Die Entscheidungen des ukrainischen Präsidenten Janukovyč, von denen der polnische Präsident Komorowski eine Verbesserung des Images der Ukraine erwartet, beschränkten sich auf minimale Gesten; in der Sache kam er der Europäischen Union keinen Schritt entgegen: In der TV-Show „Dialog mit dem Land“ am 22. Februar 2013 wollte er seine Äußerungen in Wisła nicht kommentieren – um die Gerichte und den Strafvollzug nicht zu beeinflussen, wie er sagte. Er forderte lediglich die Strafvollzugsbehörde auf, die Videokameras im (vergitterten) Krankenzimmer Julija Tymošenkos zu entfernen – ein

⁴⁹ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 21.02.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/21/6983975/>>.

⁵⁰ Komorowski: Ukraine-Poland-Slovakia talks important before summit in Brussels, Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), 22.02.2013. Komorowskis Vorgänger Aleksander Kwaśniewski riet der ukrainischen Führung, Lucenko bis Mitte April frei zu lassen – zum Beweis ihrer Bereitschaft, die Folgen selektiver Justiz zu lösen. „Jeder Tag im Gefängnis ist schlecht für das Image der Ukraine.“⁵⁰ Genau darum geht dem ukrainischen Präsidenten Janukovyč: um sein Image. Anders als der russische Präsident Putin ist Janukovyč um sein Ansehen im Westen, insbesondere in der Europäischen Union, bemüht.

⁵¹ Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe), 21.02.2013, unter Bezug auf die Agentur Interfaks-Ukraina; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/21/6984012/>>.

⁵² Unter Berufung auf ihre Quellen schrieb die Agentur *LIGABiznesInform*, Janukovyč habe als Gegenleistung für die Freilassung (und Abschiebung) Julja Tymošenkos – neben der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens – die Bedingung gestellt, dass der Westen garantiere, dass Tymošenko nicht in die Ukraine zurückkehre und nicht wieder an der ukrainischen Politik teilnehme. *LIGABiznesInform*, 22.02.2013; <http://news.liga.net/print/articles/politics/815862-del0_shcherbanya_pervye_itogi_ubiystvennogo_protssessa.htm>.

„Wunsch“, dem prompt nachgekommen wurde.⁵³ Janukovyč erklärte bei dieser Gelegenheit aber auch, dass er gegen eine Lex Tymošenko sei; „...künstliche Gesetzesänderungen zugunsten einer Person“ seien nicht zulässig. Diese Frage lasse heute „niemanden ruhig schlafen“; doch er habe nicht das Recht, sich einzumischen und Druck auf die Justizorgane auszuüben; deshalb sollten *die Gerichte* schnellstmöglich eine Antwort geben.

Nach seiner Rückkehr aus Brüssel demonstrierte Präsident Janukowytsch die von ihm erwartete Entschlossenheit: Auf einer Sitzung des erweiterten Ministerkabinetts verlangte er von der Regierung die „bedingungslose Umsetzung der Vereinbarungen, die mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission getroffen wurden“. Die Regierung müsse alle Anstrengungen unternehmen, die nötig seien, damit das Assoziierungsabkommen auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft (im November 2013 in Vilnius) unterzeichnet werden könne.⁵⁴ Dabei hängt der schlagendste Beweis seines politischen Willens, das Problem der selektiven Justiz, d. h. konkret, den Fall Julija Tymoschenko, zu lösen, nicht vom Kabinett – und nicht von „den Gerichten“ – ab, sondern von ihm selbst.

Vor der Zusammenkunft des Rates für auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union, auf welcher der Fortschritt auf den „drei Gebieten“ evaluiert werden sollte, am 6. April 2013, begnadigte Präsident Janukowytsch den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko, einen der Helden des „Majdan“ während der Orangen Revolution. Noch drei Tage zuvor hatte ein Berufungsgericht das Urteil unterer Instanzen bestätigt. Luzenkos Entlassung aus dem Gefängnis war eine Geste guten Willens, die Janukowytsch nichts kostete, weil dieser – anders als Julija Tymoschenko – keine Gefahr für den Erhalt seiner Macht darstellt.

Während seines Besuches in London am 12. Mai 2013 sagte Außenminister Leonid Kozhara in einem Interview mit der britischen Zeitung *The Daily Telegraph*: „Wir akzeptieren, dass der Fall Tymoschenko ein Problem in unserem Verhältnis zur Europäischen Union darstellt, aber wir sind der Meinung, dass ein einzelner strafrechtlicher Fall unser Verhältnis nicht erdrücken sollte.“⁵⁵ Kozhara hielt sich an die Sprachregelung, die von allen Emissären des Regimes Janukowytsch internalisiert wurde, dass nämlich die Entscheidungen der Gerichte endgültig seien, und dass die ukrainische Regierung nicht befugt sei, in die „Herrschaft des Rechts“ einzugreifen („...to interfere with the rule of law“ (!)).

⁵³ Er wünsche sehr, dass die Beamten, die ihm jetzt zuhörten, dies täten, sagte Janukovyč. *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe) 22.02.2013; : <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/22/6984105/>>.

⁵⁴ *Interfax-Ukraine* (engl. Ausgabe), 27.02.2013.

⁵⁵ Colin Freeman: Ukraine says it will not free Tymoshenko as deadline looms for trade deal with Europe, in: *The Daily Telegraph*, 13-05-2013; <<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/ukraine/10053990/Ukraine-says-it-will-not-free-Tymoshenko-as-deadline-looms-for-trade-deal-with-Europe.html>>.

Zeitfalle

Im Mai 2013 evaluierte die Europäische Kommission den Fortschritt der Ukraine bei der Umsetzung der „Empfehlungen“ des Rates für auswärtige Angelegenheiten. „Ohne eine zukünftige politische Entscheidung über die mögliche Unterzeichnung (des Assoziierungsabkommens) zu präjudizieren“ billigte die Kommission am 15. Mai 2013 einen Vorschlag an den Europäischen Rat (proposal for Council Decisions) über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Assoziierungsabkommens.⁵⁶ „Mit der heutigen Entscheidung unternimmt die Europäische Union die erforderlichen Schritte, um *technisch* auf die mögliche Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bei dem Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft in Vilnius vorbereitet zu sein. [...] Die Unterzeichnung des Abkommens bleibt abhängig von dem entschlossenen Handeln und von greifbaren Fortschritten seitens der ukrainischen Behörden entsprechend den Kriterien, die in dem Beschluss des Rates für auswärtige Angelegenheiten (Council Conclusions) vom 10. Dezember 2012 aufgestellt wurden – und deren Erfüllung von den Mitgliedsländern vor dem Gipfeltreffen in Vilnius beurteilt werden.“ Angeführt werden „Folgebmaßnahmen zu den Parlamentswahlen vom Oktober 2012, die Befassung mit den Fällen selektiver Justiz und die Unterbindung ihrer Wiederholung sowie die weitere Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Reform-Agenda.“

Der Europäische Rat für auswärtige Angelegenheiten beschloss seinerseits am 27. Mai 2013, die juristische Vorbereitung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November 2013 in Vilnius einzuleiten.⁵⁷

In der Ukraine wurde der „vorbereitende Schritt“ der Europäischen Kommission vielfach bereits als „historische Entscheidung“ der Europäischen Union aufgefasst. Kommissar Füle sah sich genötigt zu betonen, dass die Empfehlung der Europäischen Kommission keineswegs bereits eine Entscheidung des Europäischen Rates sei. Das Dokument sei technischer Natur;⁵⁸ es weise darauf hin, dass das Assoziierungsabkommen im Prinzip unterzeichnet werden könne, „wenn die Mitgliedsstaaten zu dem Urteil gekommen sind, dass die Bedingungen stimmen.“ Es verschaffe den Mitgliedsstaaten die Zeit, die erforderlichen prozeduralen Maßnahmen zu ergreifen. Füle schloss nicht aus, dass die Entscheidung des Europäischen Rates im Oktober 2013 erfolgen könnte. Der November 2013 ist insofern der „letzte Termin“, als im Jahre 2014 die Wahlen zum Europäischen Parlament auf dem politischen Kalender stehen, und im Jahre 2015 in der Ukraine Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Ende September läuft aus Verfahrensgründen für die Ukraine die Frist ab, den drei Forderungen der Europäischen Union nachzukommen – wenn sie denn die

⁵⁶ The European Commission, Press Release, Brussels 15 May 2013, European Commission completes steps for signature of Association Agreement with Ukraine, Reference: IP/13/437; <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-437_en.htm>.

⁵⁷ “Member States must be allowed sufficient time for their internal procedures, [...] this process will take a minimum of six months”, reads the documents. The Council’s decision will have to be adopted by consensus of the heads of State and Government of all member countries of the European Union.

⁵⁸ *Interfax-Ukraine*, 14.05.2013.

Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im Ende November in Vilnius sicher stellen will.

Präsident Janukowytsch könnte den Gordischen Knoten durchschlagen, indem er Julija Tymoschenko zur medizinischen Behandlung nach Deutschland abschöbe. Mit der Entlassung Julja Tymoschenkos aus dem Gefängnis würde die Europäische Union ihre Bedingungem für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens sicherlich als *hinreichend* erfüllt betrachten. Unbestätigten Gerüchten zufolge sei das Regime unter zwei Bedingungen bereit, Julija Tymoschenko nach Deutschland „zur medizinischen Behandlung“ ausreisen zu lassen: politische Abstinenz auf unbestimmte Zeit, und „Erstattung“ von Hunderten von Millionen USD, welche ihr „Gas Deal“ mit Putin die Ukraine gekostet habe. „Die ukrainischen Behörden wünschen, das Problem Tymoschenko zu lösen, aber sie verweigert die Zusammenarbeit,“ sagte Außenminister Kozhara.⁵⁹ Eine „Kostenerstattung“ käme jedoch einem Schuldeingeständnis Julija Tymoschenkos gleich; und sich politischer Aktivität enthalten kann und wird sich die unbeugsame „Jeanne d’Arc der Ukraine“ nicht.

Einem anders lautenden Argument zufolge wünscht sich Janukowytsch mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens einen Platz in der Geschichte zu sichern; er sei deshalb bereit, das Risiko einer Freilassung Julija Tymoschenkos einzugehen. Es ist zu bezweifeln, dass Janukowytsch in historischen Kategorien denkt. Janukowytsch strebt nicht nach Ehre, sondern nach „Macht und Geld“ (Alexander Motyl). Diese beiden Ziele zwingen ihn, Tymoschenko weiter gefangen zu halten. Jedoch wird in der Präsidialadministration auf der Suche nach einem Ausweg sicher auch erwogen, ob sich nicht durch die Freilassung Julija Tymoschenkos in der Präsidentschaftswahl im Jahre 2015 sogar Stimmen aus dem oppositionellen Elektorat gewinnen ließen.

Doch allem Anschein nach spekulieren Präsident Janukowytsch und seine Berater darauf, dass die Europäische Union in ihre eigene „Zeitfalle“ fällt – und das Abkommen im November 2013 in Vilnius unterzeichnen wird, während Julija Tymoschenko weiter im Gefängnis sitzt.

4. Falsches Zeugnis wider Julija Tymoschenko

Die Europäische Union erwartet von der Ukraine die Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Die Ukraine werde jede Entscheidung des EGMR umsetzen, erklärte Präsident Janukowytsch, eine Erklärung, die der ehemalige Außenminister Kostjantyn Hryschtschenko bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt hatte⁶⁰ – angesichts der in Vorbereitung befindlichen diversen „Reserve-Prozesse“ eine

⁵⁹ Interfax Ukraine (engl. Ausgabe), 05.07.2013.

⁶⁰ so auf der Konferenz "Die Ukraine auf dem Weg der europäischen Integration", veranstaltet vom Renner-Institut und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik in Wien, 20. September 2012. na.presseportal (ots / PRNewswire), Wien, 21.09.2012; <<http://www.presseportal.de/pm/106748/2330259/europaeische-staatsmaenner-loben-neues-wahlgesetz-...>>.

zynische Irreführung. Der zuständige Erste Stellvertretende „Generalprokurator“ Renat Kusmin läßt keine Gelegenheit aus, der Ukraine und der Welt zu verkünden, dass Julija Tymoschenko nicht nur eine Diebin, sondern auch eine Mörderin sei.

Wenige Wochen vor dem EU-Ukraine Gipfeltreffen eröffnete die Generalstaatsanwaltschaft gegen Julija Tymoschenko wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung des Magnaten und Deputierten der Werchowyna Rada, Jewhen Schtscherban, im Jahre 1996 ein neues Ermittlungsverfahren.⁶¹ Damit sollte Julija Tymoschenko in den Augen westlicher Politiker total diskreditiert werden; doch „das neue Verfahren gegen Tymoschenko ist ein politisches Desaster“, sagte der frühere polnische Präsident Kwaśniewski auf einer Konferenz in Kiew.⁶²

Am 15. Mai 2013 wurde die rechte Hand des ehemaligen Premierministers Pawlo Lasarenko, Petro Kyrytschenko, per video link (!) zwischen dem ukrainischen Konsulat in San Francisco und dem Kiewer Berufungsgericht vernommen. Kyrytschenko lebt in den Vereinigten Staaten unter einem Zeugenschutz-Programm, nachdem er gegen Lasarenko in einem Geldwäsche-Prozess ausgesagt hatte. Julija Tymoschenko wurde gegen ihren Willen von der inszenierten Vernehmung fern gehalten, vermutlich in der Befürchtung, dass sie der Staatsanwaltschaft die „show“ stehlen könnte. Zwei Wochen nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Urteil befunden hatte, dass in dem ersten Verfahren gegen Julija Tymoschenko ihre Grundrechte verletzt worden waren, wurde ihr wieder das Recht auf Verteidigung vorenthalten. In seinem Urteil vom 30. April 2013 urteilte der EGMR, dass Julija Tymoschenko im Jahr 2011 "ungesetzlich und willkürlich" in Untersuchungshaft genommen worden war.⁶³

Kyrytschenko „erzählte“ dem Gericht, dass Julija Tymoschenko den Mord an Schtscherban in Auftrag gegeben und bezahlt habe.⁶⁴ Angeblich habe ihm dies der Organisator des Mordes, Oleksandr Myltschenko, alias „matros“ (Matrose), gesagt, der gerade zuvor nach Verbüßung einer 15-jährigen Haftstrafe entlassen worden war.⁶⁵ Kyrytschenko gab zu, Lasarenko mit diesem in Verbindung gebracht zu haben. Lasarenko habe Myltschenko angeblich zum Schutz von Julija Tymoschenko angeheuert, deren Leben bedroht gewesen sei.

Kyrytschenko konnte keine Beweise für seinen Behauptungen liefern; seine Aussagen waren inkonsistent und widersprachen früheren Aussagen, die er gegenüber

⁶¹ Am 25. Februar 2013 wurden in dieser Sache von einem Ermittlungsrichter in einer öffentlichen Inszenierung „professionelle Zeugen“ (so kritische Kommentare) vernommen.

⁶² Konferenz organisiert von Dragon Capital am 27.02.2013 in Kiew. Daryna Krasnolutska in: Kyiv Post, 27.02.2013.

⁶³ Das erste Urteil des EGMR in Sachen Julija Tymošenko vom 30. April 2013 bezog sich auf die Behandlung Tymošenkos durch Staatsanwaltschaft und Gericht. Zu der Sache, derentwegen sie zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hatte sich der EGMR nicht zu äußern.

⁶⁴ Ščerban (seine Frau und zwei Flugingenieure) wurde bei ihrer Ankunft aus Moskau auf dem Rollfeld des Flughafens von Donec'k erschossen.

⁶⁵ Kyrytschenko lernte Myltschenko bei einer Schlägerei mit einer „kriminellen Brigade“ in einem Restaurant in Donec'k kennen, wie er selbst dem Gericht erzählte.

amerikanischen Ermittlern im Jahre 2001 in dem Fall „Die USA gegen Lasarenko“ gemacht hatte. Tymoschenkos Verteidiger vermuten wohl zu Recht, dass Kyrjtschenko unter Druck gegen Tymoschenko aussagte. Ukrainische Staatsanwälte hätten ihm gedroht, ihn wegen Beihilfe zu Mord anzuklagen. Im Herbst 2011 war Kyrjtschenkos krebserkrankte Frau Isabella, eine US-amerikanische Staatsbürgerin, in Kiew verhaftet und für drei Monate in dem berüchtigten Untersuchungsgefängnis Lukjaniwska inhaftiert worden. Sie sei gedrängt worden, ihren Mann zu überreden, in der Sache Tymoschenko „ein paar Fragen“ zu beantworten, sagte sie in einem Telefon-Interview der englischsprachigen Wochenzeitung *Kyiv Post*.⁶⁶

Laut Kyrjtschenko sei geschäftliche Rivalität zwischen Julija Tymoschenkos Firma Vereinigte Energie-Systeme der Ukraine (russ. Edinye energetičeskie sistemy Ukrainy / EESU mit Sitz in Dnipropetrowsk) und der Industrie-Union des Donbass (russ. Industrial'nyj sojuz Donbassa / ISD mit Sitz in Donetsk) das Motiv für den Mord gewesen.⁶⁷ Kyrjtschenkos Behauptung widerspricht der Aussage von Schtscherban, ehemaligem Geschäftspartner Serhij Taruta, dem – zusammen mit Schtscherban und anderen – Mitgründer und Miteigner der ISD, einer Vereinigung von Stahl-Produzenten. Taruta, Vorsitzender des Vorstands der ISD, sagte am 2. April 2013 vor Gericht, dass nach Beilegung eines Disputs zwischen beiden Firmen „normale Arbeitsbeziehungen“ bestanden hätten; Ende Dezember 1995 sei ein Liefervertrag zwischen der EESU und der ISD geschlossen worden. Zwischen Julija Tymoschenko und Schtscherban habe es keinen Konflikt gegeben.

Wohl erscheinen Julija Tymoschenkos Geschäftsbeziehungen zu ihrem ehemaligen Protektor und Partner in einem trüben Licht. Wie ihr Beinamen „Gas-Prinzessin“ andeutet, war Julija Tymoschenko in jenen „informalen Zeiten“ (Rinat Achmetov), als die ukrainischen Oligarchen ihr Start-Kapital akkumulierten, kein Unschuldslamm. Doch ihre Beteiligung an einem Mordkomplott ist allem Anschein nach eine Intrigue des Regimes Janukowytsch.

5. Arrangement mit Russlands *eurasischem* Integrationsprojekt

Janukowytschs Koketterie mit „Eurasien“: ein „Bluff“?⁶⁸

Es besteht kein Zweifel, dass sich Präsident Janukowytsch für die „europäische Integration“ der Ukraine entschieden hat. Aber Kiew bemüht sich auch um einen Kooperationsmodus mit dem eurasischen Integrationsprojekt Moskaus, der ihr den Weg in ein gemeinsames Freihandelsgebiet mit der Europäischen Union nicht verbaut. Auf der (elften) Konferenz der Leiter ukrainischer diplomatischer Missionen im Ausland am

⁶⁶ Katya Gorchinskaya in *Kyiv Post*, 15-05-2013; <<http://www.kyivpost.com/content/ukraine/top-witness-points-to-tymoshenko-for-ordering-a-1996-murder-amid-controversy-324350.html>>.

⁶⁷ *Ukrainskaja pravda*, 15.05.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/05/15/6989925/>>.

⁶⁸ Steven Pifer, ehemaliger amerikanischer Botschafter in der Ukraine. *Ukrainskaja pravda*, 01.10.2012, unter Bezug auf „Golos Ameriki“ (Voice of America); <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/10/1/6973764>>.

3. Oktober 2012 in Kiew erklärte Präsident Janukowytsch, „die europäische Integration (evrointegracionnyj vybor) ist unsere strategische Priorität“.⁶⁹ Und auf einer Zusammenkunft mit dem diplomatischen Corps und Leitern von Vertretungen internationaler Organisationen am 14. Dezember 2012 erklärte er, die Ukraine betrachte das Assoziierungsabkommen vor allem als ein „komplexes Programm zur inneren Umgestaltung der Ukraine in allen Sphären des politischen, ökonomischen sozialen Lebens des Staates“.⁷⁰ Die Ukraine sei zu großen Anstrengungen bereit, um das Assoziierungsabkommen umzusetzen. Zur Unterzeichnung bedürfe es nur eines Schrittes; er sei davon überzeugt, dass bei gutem Willen auf beiden Seiten dieser Schritt schnell gemacht werden könne. Unter den heutigen Bedingungen sollten „Solidarität und Kohäsion“ die treibenden Kräfte für die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union sein – nicht „künstliche Abgrenzung“, wie er die Forderungen seitens der EU nach Respektierung demokratischer Prinzipien und nach Beendigung selektiver Anwendung der Justiz nennt.

Nach dem XV. Gipfeltreffen im Dezember 2011 blieben die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine während des ganzen Jahres 2012 gespannt. Aufgrund des „demokratischen Rückschritts“ bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 war die Europäische Union nicht bereit, den ukrainischen Präsidenten zu einem regulären Gipfeltreffen Ende des Jahres 2012 in Brüssel zu empfangen. Formal wurde die Verschiebung des XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffens auf unbestimmte Zeit mit dem noch ausstehenden endgültigen Bericht der Wahlbeobachter-Mission der OSZE begründet.

Gebrochen wurde das Eis am 17. Dezember 2012: In einem Telefon-Gespräch einigten sich José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, und der ukrainische Präsident Janukowytsch auf den 25. Februar 2013 als Termin für das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen in Brüssel. Laut der Internet-Zeitung Ukrainskaja pravda ging die Initiative zu diesem Gespräch von Barroso aus. Für den folgenden Tag, den 18. Dezember, war ein Arbeitsbesuch Janukowytschs in Moskau angekündigt worden. Auf der Gesprächsagenda der beiden Präsidenten Janukowytsch und Putin standen aktuelle Fragen der russisch-ukrainischen Zusammenarbeit, „insbesondere die Erarbeitung eines für beide Seiten annehmbaren Mechanismus für den Austausch zwischen der Ukraine und der Zollunion“. Nach einem tête-à-tête Gespräch stand die (zeremonielle) Unterzeichnung von Dokumenten auf dem Programm.⁷¹ Der Vorsitzende der oppositionellen Partei UDAR, Vitalij Klitschko, forderte in der Werchowna Rada die Bekanntgabe der Vertragstexte, die Janukowytsch in Moskau zu unterzeichnen gedenke. Es bestehe das Risiko eines Wechsels des außenpolitischen Vektors der Ukraine. Janukowytschs Besuch in Moskau wurde am Morgen des 18. Dezembers überraschend

⁶⁹ Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), 03.10.2012.

⁷⁰ Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe) 14.12.2012;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/14/6979767/>>.

⁷¹ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 18.12.2012, unter Bezug auf die Agentur UNIAN;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/18/6979960/>>.

mit der Begründung verschoben, dass weitere Konsultationen auf Expertenebene nötig seien.⁷²

Bis dato war das Klima zwischen Brüssel und Kiew frostig geblieben. Präsident Janukowytsch reagierte in dieser Zeit auf den politisch-moralischen Druck seitens der Europäischen Union wiederholt mit Anspielungen auf das alternative *eurasische* Integrationsprojekt, das der russische Präsident Putin zielstrebig verfolgt. In seiner Rede zum 21. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung am 24. August 2012 sagte er, dass die Ukraine die europäische Integration nicht um den Preis der Einmischung Brüssels in deren innere Angelegenheiten anstrebe.

Doch abgesehen von den lästigen politisch-moralischen Vorhaltungen aus Brüssel ist es die Sorge um den Verlust von Märkten in Russland, Weißrussland und Kasachstan, die das Regime in Kiew eine „Annäherung“ an die Zollunion suchen läßt. „Wir werden uns schrittweise den Regeln der Zollunion anpassen“,⁷³ erklärte Janukowytsch in seiner Videobotschaft an die neu gewählte Werchowyna Rada anlässlich ihrer Eröffnungssitzung am 12. Dezember 2012. Bei seinem Staatsbesuch in Indien erklärte der ukrainische Präsident: „Wir harmonisieren unsere Gesetze, Normen und Regeln mit der Zollunion. [...] Wenn wir dies nicht tun, dann werden unsere Produzenten diskriminiert werden und Märkte verlieren.“⁷⁴ Einige Beobachter sahen in solchen Äußerungen einen „schrittweisen Beitritt“ der Ukraine zur Zollunion mit Russland (Weißrussland und Kasachstan).

Der ukrainische Botschafter in Moskau, Volodymyr Jeltschenko, erläuterte Studenten der Moskauer Staatlichen Linguistischen Universität die Taktik, mit der Präsident Janukowytsch mit Moskau und mit Brüssel pokert: Auf die Frage nach einem eventuellen Beitritt der Ukraine zur Zollunion der drei Länder, antwortete Jeltschenko: „Heute sagen wir nicht «Ja» und nicht «Nein». [...] Wenn der gegenwärtige Trend (des Wachstums des Handels der Ukraine mit den Ländern der tripartiten Zollunion) anhält, und wenn die krisenhaften Erscheinungen in der EU [...] andauern, dann ist die Antwort eher Ja als Nein.“⁷⁵ Das ukrainische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten kommentierte die Aussage seines Botschafters in Moskau mit der Erklärung, ein Beitritt der Ukraine zur TS / MS⁷⁶ stünde „nicht auf der Tagesordnung“. Der Ukraine ginge es um eine Formel für die Kooperation mit der Zollunion, welche die Möglichkeiten ukrainischer Exporteure auf diesem großen Markt wahre. „...Aufgabe Nummer Eins ist für das Außenministerium

⁷² Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 18.12.2012, unter Bezug auf den Pressedienst der Präsidentschaftsadministration. <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/18/6979966/>>. Der journalistische Tross war am frühen Morgen des 18. Dezembers 2012 bereits nach Moskau vorausgeflogen. Eine Woche nach dem Gipfeltreffen in Brüssel, am 4. März 2013, unternahm Präsident Janukowytsch einen Beschwichtigungsbesuch in Moskau.

⁷³ „My budem postepno prisoedinjatsja k pravilam Tamožennogo sojuza“. *Ekonomična pravda* (Ukrainska pravda, russ. Ausgabe), 13.12.2012; <<http://www.epravda.com.ua/rus/news/2012/12/13/350668/>>.

⁷⁴ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 10.12.2012, unter Bezug auf „Ukrainskie novosti“; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/10/6979153/>>.

⁷⁵ Ukrainskaja Pravda (russ. Ausgabe), 13.11.2012, unter Bezug auf die Agentur UNIAN; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/13/6977390/>>.

⁷⁶ Russ. Tamožennyj sojuz / TS; ukr. Mytnyj sojuz / MS.

die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union, insbesondere die Schaffung eines gemeinsamen Freihandelsgebietes.⁷⁷ Der (damalige) Erste Stellvertretende Premierminister Valerij Choroschkowskyj erinnerte daran, dass der „europäische Integrationskurs“ der Ukraine gesetzlich verankert sei; ein Beitritt zur Zollunion stünde „außerhalb des Gesetzes“.⁷⁸ Prompt verlangte der russische Premierminister Dmitrij Medwedew von seinem ukrainischen Kollegen Mykola Asarow während dessen Arbeitsbesuchs in Moskau am 21. November 2012 Aufklärung über Choroschkowskyjs Feststellung. Asarow nannte die Aussage seines ersten Stellvertreters dessen „persönliche Meinung“; sie sei „nicht die Meinung der ukrainischen Regierung“.⁷⁹ Offenkundig herrschten in der alten Regierung Asarow fundamentale Meinungsverschiedenheiten über die „geopolitische“ Orientierung der Ukraine. Nach der erneuten Nominierung Asarows für das Amt des Premierministers ließ Choroschkowskyj durch seinen Pressedienst verlauten, Asarows Kandidatur für dieses Amt sei nicht geeignet, [...] den „strategischen Kurs unseres Staates in Richtung Eurointegration zu verteidigen“.⁸⁰ Doch Präsident Janukowytsch selbst bestätigte auf dem Brüsseler Gipfeltreffen am 25. Februar 2013 seinen ehemaligen Vizepremierminister: Der europäische Kurs der Ukraine sei gesetzlich festgelegt; er könne nicht geändert werden, erklärte er.

Wie Präsident Janukowytsch will auch dessen (alter und neuer)⁸¹ Premierminister Asarow in der Europäischen Union nur eine „Wirtschaftsgemeinschaft“ sehen. Die Ukraine suche einen Weg, um sowohl mit der (eurasischen) Zollunion als auch mit der Europäischen Union zu kooperieren, erklärte Asarow in einem Interview mit dem „Ersten (Fernseh-)Kanal“, das am 15. Dezember 2012 ausgestrahlt wurde. „Unser Land befindet sich zwischen zwei Gebilden, die ihrem Wesen nach Zollunionen sind.“⁸² Unser nationales Interesse ist in erster Linie ein wirtschaftliches Interesse. Deshalb wird die Ökonomisierung der ukrainischen Außenpolitik fortgesetzt werden.“ Allgemein bemühen sich die Repäsentanten des Regimes Janukowytsch, die Bedeutung des politischen Rahmens des Assoziierungsabkommens, d. h., die Verpflichtung auf demokratische Prinzipien, herunterzuspielen und den wirtschaftlichen Kern des Abkommens, die Schaffung eines gemeinsamen Freihandelsgebietes, in den Vordergrund zu stellen.

⁷⁷ Oleh Vološyn, Leiter der Abteilung Informationspolitik des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten. *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 14.11.2012; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/14/6977449/>>.

⁷⁸ Einlassung auf einer Konferenz der „Ukrainischen nationalen Plattform“ des „Civil Society Forum of the Eastern Partnership“ (Forum graždanskogo obščestva Vostočnogo partnerstva) am 21. November 2012 in Kiew. *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 21.11.2012, unter Bezug auf die Agentur UNIAN; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/21/6977854/>>.

⁷⁹ *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), 21.11.2012, unter Bezug auf die Agentur UNIAN; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/11/21/6977907/>>.

⁸⁰ *Ukrainskaja Pravda*, 14.12.2012; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/14/6979742/>>.

⁸¹ Präsident Janukovyč ernannte Mykola Azarov nach der Parlamentswahl vom Oktober 2012 am 09.12.2012 erneut zum Premierminister.

⁸² *Ukrainskaja pravda* (russ. Ausgabe), unter Bezug auf die Agentur Interfaks-Ukraina; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/15/6979822/>>.

Die wirtschaftlichen Argumente sind vordergründig: Ein eventueller Beitritt der Ukraine zu der von Moskau dominierten „Zollunion des Geeinten Wirtschaftsraumes“ – mit der Perspektive ihrer Weiterentwicklung zu einer „Eurasischen Wirtschaftsunion“ (Evrazijskij èkonomičeskij sojuz / EÈS) – ist nicht nur eine *handelspolitische*, sondern auch eine *machtpolitische* Frage. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Janukowytsch an die Brust des russischen Bären werfen wird – zu sehr muss er Souveränitätseinbußen und den Verlust persönlicher Macht fürchten. Auch wenn die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion formal nicht eine politische „Re-Union“ der Ukraine mit Russland darstellt, sondern *nur* eine wirtschaftliche „Wiedervereinigung“, so hat wegen des enormen Übergewichts der Russländischen Föderation in einer, in jeder eurasischen „Wirtschaftsgemeinschaft“ ein Beitritt der Ukraine die Einschränkung ihrer politischen Souveränität zur Folge – ungeachtet der Stimmengleichheit in dem Regulierungsorgan Eurasische Wirtschaftskommission (Evrazijskaja èkonomičeskaja komissija / EÈK). Die Integration der Ukraine in das eurasische Projekt Putins würde den ukrainischen Präsidenten Janukowytsch zum Gouverneur von „Klein-Russland“ degradieren.

Auch die ukrainischen Oligarchen⁸³ haben kein Interesse an einer Einverleibung der Ukraine durch Russland; ihre wirtschaftlichen Interessen liegen längst überwiegend eher in „Europa“ als in „Eurasien“ – ganz abgesehen davon, dass sie befürchten, von ihren russischen Konkurrenten geschluckt zu werden.

Regierungspolitiker der *Partei der Regionen* täuschen sich selbst und die ukrainische Öffentlichkeit mit der angeblichen Möglichkeit einer „doppelten Mitgliedschaft“. Auf der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen am 25. Februar 2013 warnte Kommissionspräsident Barroso: „Ein Land kann nicht gleichzeitig Mitglied in einer Zollunion und in einem vertieften gemeinsamen Freihandelsgebiet mit der EU sein.“⁸⁴ Kommissar Füle sagte vor seinem Besuch in Kiew Anfang Februar 2013 in einem exklusiven Interview mit der Agentur *Interfaks Ukraina*, die EU wünsche gute Beziehungen zwischen Kiew und Moskau. Die Ukraine könne an einigen spezifischen Regelungen der Zollunion teilnehmen, solange sie nicht mit Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen konfligierten. Doch eine Mitgliedschaft der Ukraine in der (eurasischen) Zollunion sei nicht vereinbar mit ihrer gleichzeitigen Mitgliedschaft in einem „tiefgreifenden und umfassenden“ Freihandelsgebiet, wie es im Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine vereinbart worden sei. In dieser Zollunion werde das Recht der Mitglieder auf eine souveräne Handelspolitik auf ein supranationales Organ übertragen. „Wir können nicht in eine Beziehung zur Ukraine treten, wissend, dass eine Entscheidung anderswo und von jemandem anderen getroffen wird“, sagte Füle.⁸⁵

⁸³ Anders ist es um die Interessenlage vieler mittlerer Industrieunternehmen bestellt, die aufgrund ihres technologischen Rückstands den Wettbewerb seitens der EU fürchten.

⁸⁴ Associated Press, 25.02.2013.

⁸⁵ Interfax-Ukraine (engl. Ausgabe), Brüssel, 05.02.2013. In diesem Sinne äußerte sich Füle auch in einem Gespräch mit ukrainischen Abgeordneten; Interfax Ukraine (engl. Ausgabe), 07.02.2013.

Kiews Bemühung um einen modus co-operandi mit Moskaus eurasischem Integrationsprojekt

Die inhaltlich nicht näher definierte Formel 3 + 1 (die 3 Mitgliedsländer der Zollunion plus die Ukraine), die Kiew für das Verhältnis der Ukraine zur Zollunion vorschlug, wurde von Moskau kategorisch abgelehnt. In Frage komme nur volle Mitgliedschaft, die Kiew seinerseits ablehnte – zunächst unter Verweis auf die Mitgliedschaft Ukraine in der Welthandelsorganisation (WHO / WTO), schließlich aber auch mit der „strategischen Priorität“, die die ökonomische Integration der Ukraine in den Binnenmarkt der Europäischen Union für die Ukraine hat, und die mit der Vollmitgliedschaft der Ukraine in der tripartiten Zollunion nicht kompatibel ist.

Kiew hofft nun auf einen Beobachterstatus bei der Eurasischen Wirtschaftskommission, dem permanenten supranationalen Organ, das sowohl die Zollunion als auch den Geeinten Wirtschaftsraum reguliert. Ende Mai 2013 übermittelte Kiew dieser Kommission ein entsprechendes Memorandum, obwohl in den Verträgen über die Zollunion und den Geeinten Wirtschaftsraum der Status eines Beobachters nicht vorgesehen ist – in der Erwartung (so der für seine Ankündigungspolitik bekannte Premierminister Asarow), dass der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat (Vyššyj Evrazijskij èkonomičeskij sovet / EÈS), dem Entscheidungsgremium der Präsidenten der beteiligten Staaten,⁸⁶ der am 28. und 29. Mai in Astana (Kasachstan) tagte, positiv entscheiden werde. Anlässlich dieser Tagung wurde der ukrainische Präsident von seinem kasachstanischen Kollegen Nursultan Nasarbajew nach Astana eingeladen. Zwei Tage zuvor, am 26. Mai 2013 traf sich Janukowytsch mit dem russischen Präsidenten Putin in Sotschi, wohl um dem eigentlichen Entscheidungsträger das ukrainische Anliegen vorzutragen.

Am 31. Mai unterzeichneten der ukrainische Premierminister Mykola Asarow und der Präsident der Eurasischen Wirtschaftskommission, Wiktor Christenko, auf dem Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Minsk ein ganz anderes Memorandum – nämlich ein „Memorandum über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen“, das die Ukraine verpflichtet, sich jeglicher Schritte zu enthalten, die gegen die Interessen der Zollunion des Geeinten Wirtschaftsraumes gerichtet sind – eine Warnung vor der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU (?). Dafür darf die Ukraine auf Einladung des Präsidenten des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates – ohne Entscheidungsbefugnisse – an „öffentlichen“ Sitzungen der Eurasischen Wirtschaftskommission teilnehmen und erhält Kopien von „nicht vertraulichen“ Dokumenten. Bezüglich ihres Antrags auf einen Beobachterstatus wurde die Ukraine auf die Eurasische Wirtschaftsunion verwiesen, deren Rechtsgrundlage am 1. Januar 2015 in Kraft tritt.

Am gleichen Tag versicherte Präsident Janukowytsch dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in einem Telefongespräch, dass das „neue Modell der

⁸⁶ Die Eurasische Wirtschaftskommission und der Eurasische Wirtschaftsrat wurden offensichtlich in Analogie zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Rat geschaffen.

Kooperation der Ukraine“ mit dem eurasischen Wirtschaftsraum nicht dem strategischen europäischen Integrationskurs widerspreche, wie er seinen Pressedienst verlauten ließ.⁸⁷ Kostjantyn Jelisjejew, der Botschafter der Ukraine bei der Europäischen Union und „Kommissar für auswärtige Politik und Integrationsprozesse“, erklärte, dass alle potenziellen Vereinbarungen mit der eurasischen Zollunion im Zusammenhang mit der Suche nach einem optimalen Weg für die Zusammenarbeit mit dieser gesehen werden sollten, der nicht dem strategischen Kurs der Ukraine, nämlich der Integration mit der Europäischen Union, zuwiderlaufe.⁸⁸

Der russische Premierminister Medwedew nannte das Memorandum einen „ersten Schritt, einen notwendigen Schritt“, und forderte die ukrainische Regierung auf, keine Schritte zu unternehmen, die gegen die „Interessen des eurasischen Integrationsprozesses“ gerichtet seien.⁸⁹ Er legte ihr nahe, keine Verpflichtungen einzugehen, welche die Ukraine von der Beteiligung an dem eurasischen Wirtschaftsraum ausschließen. Medwedew ließ allerdings offen, ob er damit die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im Auge hatte.

In Punkt 3 des Memorandums erklärt die Ukraine – ohne den Status eines Beobachters zu haben – die Prinzipien zu beachten, die in den Dokumenten niedergelegt sind, welche die Rechtsgrundlage der Zollunion und des Geeinten Wirtschaftsraumes bilden.⁹⁰ Das Minsker Memorandum ist weit von dem entfernt, was sich die ukrainische Regierung erhofft hatte. Dennoch wurde es von Premierminister Asarow gepriesen: Es unterscheide sich praktisch nicht von dem gewünschten Beobachterstatus. Das Memorandum, das die ukrainische Regierung in Minsk unterzeichnet hat, ist *expressis verbis* kein völkerrechtlicher Vertrag; es ist in Wirklichkeit auch kein „neues Kooperationsmodell“, sondern ein erniedrigendes Almosen.

Während Kiew sich aus Sorge über Nachteile für ukrainischen Exporte – und aus Furcht vor Vergeltung im Falle der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens – um einen Modus für die Kooperation mit der Zollunion des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes bemüht, bekräftigt Präsident Janukowytsh, dass die „europäische Integration“ weiterhin die strategische Priorität der Ukraine sei. In Kiew wird klar erkannt, dass „Eurasien“ kein Modernisierungsprojekt ist, sondern eine Gemeinschaft für Rohstoffhandel. Russland hat keine international wettbewerbsfähige zivile Industrie. Die Ukraine würde sich mit ihrem Beitritt zu Moskaus eurasischem Integrationsprojekt dem „Ressourcen-Fluch“ aussetzen, der auf Russland und Kasachstan liegt. „Wir in der Ukraine betrachten die Unterzeichnung (des Assoziierungsabkommens) als das zweitwichtigste Ereignis nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine“ (16. Juli

⁸⁷ Ukrainskaya pravda, 01.06.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/06/1/6991185/>>.

Andrej Goncharuk, der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen in der Präsidentschaftsadministration, wiederholte diese Aussage in einer politischen TV show („Shuster live“ im Kanal *INTER*); Ukrainskaya pravda, 31.05.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/05/31/6991174/>>.

⁸⁸ Kyiv Post, May 31, 2013, with reference to Reuters.

⁸⁹ Ukrainskaya pravda, 31.05.2013, with reference to Interfaks-Ukraina; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/05/31/6991165/>>.

⁹⁰ Zerkalo nedeli (russ. Ausgabe), ZN,UA, 01.06.2013; <http://zn.ua/ECONOMICS/kabmin-obnarodoval-tekst-memoranduma-s-tamozhennym-soyuzom-123301_.html>.

1990), erklärte Präsident Janukowytschs Botschafter in Brüssel, Kostjantyn Jelisjejew; sie ist für die Ukraine das, was für Deutschland der Fall der Berliner Mauer war.⁹¹ Am 31. Juli 2013 besuchte der Stellvertretende Premierminister Arbusow Berlin, um die skeptische – aber möglicherweise die Entscheidung der Europäischen Union maßgeblich beeinflussende – deutsche Regierung davon zu überzeugen, dass die ukrainische Regierung die größten Anstrengungen unternimmt, damit das Assoziierungsabkommen im November in Vilnius unterzeichnet werden kann.⁹²

Es ist zu erwarten, dass Moskau den Druck auf die Ukraine vor dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft erhöht. Am 27. April 2013 erhielt das Regime in Kiew einen Schuss vor den Bug: In der politischen TV Show „Shuster live“ des Kanals INTER erklärte Präsident Putins Berater Sergej Glasow, die Schaffung eines gemeinsamen Freihandelsgebietes mit der Europäischen Union würde der Ukraine für immer das Tor zur (eurasischen) Zollunion schließen.⁹³ Er nannte Zoll-Barrieren „Barrikaden“. Ebenfalls im April 2013 drückte Präsident Putin selbst seinen Daumen auf einen wunden Punkt der Ukraine: Er kündigte seine Unterstützung für Pläne des Föderalen Migrationsdienstes an, wonach Bürger von GUS-Staaten, die bis jetzt nur mit dem Personalausweis nach Russland einreisen können, ab dem 1. Januar 2015 dafür einen Reisepass benötigen sollen.⁹⁴ Putin betonte, dass diese neue Regelung nicht für Bürger derjenigen Staaten gelten solle, die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion seien. Betroffen wären zwischen einer und drei Millionen (in den Sommer-Monaten) ukrainischer Wanderarbeiter, hauptsächlich aus dem Osten der Ukraine, der elektoralen Hochburg des Präsidenten Janukowytsch.

Anlässlich der Feier des 1025. Jahrestages der Christianisierung der mittelalterlichen Kiewer Rus – am 27. Juli 2013 – nahm der russische Präsident Putin an einer Konferenz in Kiew mit dem Titel „Orthodox-slawische Werte – die kulturelle Basis für die Wahl der Ukraine“ (zwischen Europa und Russland) teil,⁹⁵ die von der zivilen Organisation „Ukrainische Wahl“ (Ukrainskij vybor) des ehemaligen Chefs der Administration des Präsidenten Kutschma 2002 - 2005), Wiktor Medwedtschuk, organisiert worden war.⁹⁶ Teilnehmer waren Protagonisten der „*eurasischen* Integration“ der Ukraine aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur und den Medien. Den „europäischen Werten“

⁹¹ Bruce M. Rickerson für UPI (Outside View Commentator), Washington, 01.08.2013. <http://www.upi.com/Top_News/Analysis/Outside-View/2013/08/01/Outside-View-Tymoshenko-Ukraine-and-the-EU/UPI-16041375329720/print#ixzz2anYhRpLC>.

⁹² Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 31.07.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/07/31/6995274/>>.

⁹³ *Ukrainskaja pravda*, 27-04-2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/04/27/6989088/>>. Sergej Glazev ist Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, ehemaliger Minister und Präsidentschaftskandidat (2004) und Mitbegründer der Partei Rodina (Vaterland).

⁹⁴ „Federalnaya migratsionaya sluzhba“. CIS: Commonwealth of Independent States. *Ukrainskaja pravda*, 18-04-2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/04/18/6988481/>>.

⁹⁵ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 27.07.2013; <<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/07/27/6995068/>>.

⁹⁶ Die NGO „Ukrainskij vybor“ ist eine Initiative des früheren Chefs der Administration des Präsidenten Kutschma – und Unternehmers mit einem Vermögen von einer halben Milliarde USD – Wiktor Medwedchuk. Sie setzt sich öffentlich für die *eurasische* Integration der Ukraine ein.

wurden orthodoxe, slawische, spirituelle Orientierungen und Traditionen gegenübergestellt, sozusagen als ideologischer Überbau über dem realen, ökonomischen Interesse Moskaus an der Reunion der Ukraine mit Russland. Die ukrainische Wirtschaft könne internationale Wettbewerbsvorteile nur dann erlangen, wenn sie sich mit der russischen Wirtschaft verbinde, sagte Putin. Ohne eine Integration der russischen und der ukrainischen Wirtschaft könnte sich viele Industrie-Branchen nicht entwickeln. „Wir können und müssen dies tun.“ Die aktuellen ökonomischen Indikatoren sprächen für sich selbst: Der Warenumsatz zwischen der Ukraine und Russland sei im ersten Quartal 2013 um 17 % gesunken, während er zwischen den Mitgliedsländern der (tripartiten eurasischen) Zollunion um 34 % gestiegen sei. Putin lud „das ukrainische Volk“ und die ukrainische Regierung ein, an den Integrationsprozessen teilzunehmen, die sich im post-sowjetischen Raum vollziehen. Zwar „werden wir jede Wahl unserer ukrainischen Partner, Freunde, Brüder respektieren...“, doch er sei sicher, dass die meisten seiner Zuhörer einsähen, dass „wir“ (Russland und die Ukraine) nur dann wettbewerbsfähig werden können, wenn wir unsere Kräfte bündeln“.

Am (folgenden) Tag, am 28. Juli, dem „Tag“ der beiden Marinen, der russischen und der ukrainischen, nahmen der ukrainische Präsident Janukowytsch und der russische Präsident Putin an einer gemeinsamen ukrainisch-russischen Zeremonie in Sewastopol, dem Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte, teil. Der Pragmatiker Janukowytsch sprach von der gegenwärtigen und zukünftigen „strategischen Partnerschaft“ zwischen der Ukraine und Russland; die Modernisierung beider Flotten biete ein großes Potenzial für die ukrainisch-russische Zusammenarbeit. Der Ideologe Putin verwies auf die gemeinsamen Wurzeln, die gemeinsame Kultur und Religion Russlands und der Ukraine – und erinnerte an die Verteidigung des „gemeinsamen Vaterlandes“ in der Vergangenheit.⁹⁷

6. Das ukrainische Dilemma der Europäischen Union

Bis in die jüngste Zeit bestand das ukrainische Dilemma der Europäischen Union darin, dass sie durch die Beharrung auf der Forderung nach Lösung des „Problems der selektiven Justiz“, konkret nach Freilassung Julija Tymoschenkos, als Voraussetzung für die Unterzeichnung des auf Eis liegenden Assoziierungsabkommens den Präsidenten Janukowytsch – und mit ihm die Ukraine – in die offenen Arme Moskaus, d. h., in die Zollunion Russland-Weißrussland-Kasachstan treiben würde. Im Verlauf des Jahres 2012 hat sich das Dilemma der Europäischen Union gewandelt: Heute wird in der Europäischen Union eher befürchtet, dass die Aussetzung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens auf unbestimmte Zeit bedeuten könne, die ukrainische Bevölkerung einem sich zunehmend verhärtenden autokratischen Regime „auszuliefern“ – zumindest bis zum Ende der (vorhersehbaren) zweiten Amtszeit des Präsidenten Janukowytsch, also bis zum Jahr 2020. Wenn die Unterzeichnung aussichtslos würde, so wird befürchtet, dann würde Janukowytsch seine bisherige Zurückhaltung bei Ausübung

⁹⁷ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 28.07.2013;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/07/28/6995084/>>.

seiner monopolisierten Macht aufgeben, wenn auch für eine „Putinisierung“ in der Ukraine keine gesellschaftliche Basis besteht. Janukowytsch würde keine Rücksicht mehr auf „Brüssel“ nehmen, wie er es bislang ohne Zweifel tut. In der Tat war die bisherige Präsidentschaft Janukowytschs keine offene Rückkehr zur Autokratie, sondern eine schleichende Aushöhlung der Demokratie. Andererseits verlöre die Europäische Union mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens an politisch-moralischer Glaubwürdigkeit. Im Raum stünde in diesem Fall der Vorwurf, der „Deal“ mit dem undemokratischen Regime des Präsidenten Janukowytsch sei durch ökonomische Interessen motiviert. In der Auseinandersetzung mit der Europäischen Union hält Präsident Janukowytsch die ukrainische Bevölkerung sozusagen als Geisel.

Das ukrainische Dilemma der Europäischen Union manifestiert sich in dem Zwiespalt, der sowohl im Europäischen Rat als auch im Europäischen Parlament herrscht. Gegenüber der Ukraine haben die nationalen Regierungen der 27 (28) Mitgliedsländer divergierende Interessen; und die Fraktionen im Europäischen Parlament schätzen die politische Lage in der Ukraine unterschiedlich ein.

Auf der Tagung des Rates der 27 EU-Außenminister am 10. Dezember 2012 befürworteten die ostmitteleuropäischen und die baltischen Mitgliedsländer der EU, namentlich Polen, praktisch eine bedingungslose Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens im November 2013 in Vilnius. Dänemark und die Niederlande, die zunächst für eine Einfrierung der Unterzeichnung plädiert hatten, setzten die strikte Erfüllung der „drei Bedingungen“ für eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in Vilnius durch.⁹⁸ Schweden, das bis vor kurzem – in Absprache mit Polen – die europäischen Aspirationen der Ukraine unterstützte, hat sich von dem Regime in Kiew distanziert, hauptsächlich wegen Präsident Janukowytschs Intransigenz in der Sache Julija Tymoschenko. Deutschland und Frankreich werden von ukrainischen politischen Analysten wegen ihrer ambivalenten Haltung als „Skeptiker“ angesehen. In Großbritannien scheint die Meinung zu überwiegen, dass der Fall Tymoschenko nicht der „sticking point“ sein sollte.⁹⁹

Das Europäische Parlament ist in der Beurteilung der politischen Situation in der Ukraine gespalten. In der Debatte am Vortag seiner Beschlussfassung über die Lage in der Ukraine (am 12. Dezember 2012) zeichneten sich deutlich zwei verschiedene Positionen ab, auch wenn sich keine Stimme gegen die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens erhob. Die größte Fraktion, die Gruppe der Europäischen Volkspartei (EVP), forderte die Freilassung der Vorsitzenden ihrer ukrainischen „Schwesterpartei“ Batkiwtschyna (Vaterland), Julija Tymoschenko, als Vorbedingung für Unterzeichnung.¹⁰⁰ Die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S & D)

⁹⁸ Die (zweite) Bedingung, nämlich Einhaltung internationaler demokratischer Standards bei der Parlamentswahl am 28. Oktober 2012, wurde im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl im Jahre 2015 zu einer allgemeinen Forderung nach Korrektur des Wahlrechts (electoral code) abgewandelt.

⁹⁹ Colin Freeman in: *The Daily Telegraph*, 13-05-2013;

<<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/ukraine/10053990/Ukraine-says-it-will-not-free-Tymoshenko-as-deadline-looms-for-trade-deal-with-Europe.html>>.

¹⁰⁰ Roland Freudenstein, der Leiter des Forschungsinstituts der EVP, dem Center for European Studies in Brüssel, bestätigte die Position der EVP – und ihres Präsidenten Wilfried Martens – in einem Workshop am

plädierte für die baldmöglichste Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Die europäischen Sozialdemokraten hoffen – in der Tradition deutscher sozialdemokratischer Ostpolitik – „durch Annäherung“ bei ihrem ukrainischen Kooperationspartner, der Partei der Regionen, einen „Wandel“ bewirken zu können. Für Kenner ukrainischer Verhältnisse ist dies eine naive Verkennung des zutiefst undemokratischen Charakters der Regime-„Partei der Regionen“ und ihres „Führers“ Wiktor Janukowytsh.

In der Ukraine-Resolution des Europäischen Parlaments, die am 13. Dezember 2012 in Straßburg verabschiedet wurde, heißt es, das Assoziierungsabkommen könne unterzeichnet werden, sobald („as soon“ – nicht etwa „unter der Bedingung dass...“) die Europäische Union „erkenne“, dass die ukrainische Seite „greifbare Fortschritte“ mache – möglicherweise im November 2013 in Vilnius.¹⁰¹ Damit bestätigte das Europäische Parlament den tentativen Termin der Europäischen Kommission. In seiner Resolution forderte das Europäische Parlament – wie diese – die Beendigung „selektiver Anwendung der Justiz“ und die Freilassung aller „politisch verfolgten“ Gegner.¹⁰² Es legte den ukrainischen Behörden nahe, zusammen mit seinen Repräsentanten in dieser Sache, dem ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, eine „vernünftige und faire Lösung“ der Fälle Julija Tymoschenko und Jurij Luzenko zu finden – sowie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in diesen Fällen umzusetzen.

Am 18. April 2013, nach der Entlassung von Jurij Luzenko aus dem Gefängnis (am 7. April), billigten die Vorsitzenden aller politischen Gruppen im Europäischen Parlament die Verlängerung der Cox-Kwaśniewski Beobachtermission, nachdem diese ihren zweiten Bericht präsentiert hatte.¹⁰³ „Die Beobachtermission des Europäischen Parlaments [...] hat ihre Fähigkeit demonstriert, Ergebnisse zu liefern, die für die bevorstehenden strategischen Entscheidungen in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine nötig sind...“. Die Arbeit der Mission sei durch die gute Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden erleichtert worden, heißt es in diesem Bericht.¹⁰⁴

31. Mai 2013 in Brüssel. University of Kent, Brussels and National University of “Kyiv” Mohyla Academy”, Workshop: ”The EU’s Association Agreements with the Eastern Partnership Countries”, Brussels, May 31th, 2013. Martens is also president of the CES.

¹⁰¹ European Parliament resolution of 13 December 2012 on the situation in Ukraine (2012/2889 (RSP), Straßburg, 13.12.2012;

<<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0507+0+DOC+XML+V0//EN>>.

¹⁰² Jan Tombinski, der Leiter der EU-Delagation in der Ukraine, bestätigte in einem Interview mit „Polskie Radio“ expressis verbis, dass es in der Ukraine „politische Gefangene“ gebe.

¹⁰³ European Parliament / The President: Cox-Kwasniewski mission to Ukraine extended, Press Release, Strasbourg, 18-04-2013; <http://www.europarl.europa.eu/the-president/en/press/press_release_speeches/press_release/2013/2013-april/html/cox-kwa-niewski-monitoring-mission-to-ukraine-extended>.

¹⁰⁴ European Parliament Monitoring Mission to Ukraine, Mission update on the 18th of April 2013, Strasbourg;

<<http://www.europarl.europa.eu/the-president/resource/static/files/ep-monitoring-mission-assessment---17.04.pdf>>.

In Kiew wird klar gesehen, dass die Ukraine von großer Bedeutung für die Europäische Union ist, nicht als potenzielles Mitgliedsland, sondern als zentraler Faktor in der Nachbarschaft, insbesondere als Schlüsselland für den Erfolg oder Misserfolg der *Östlichen Partnerschaft*. Deshalb sind Präsidenten Janukowytsch und seine cleveren Berater in der Präsidentschaftsverwaltung zuversichtlich, dass Brüssel in Sachen selektiver Justiz nachgeben und das Assoziierungsabkommen im November 2013 in Vilnius unterzeichnen wird, ohne dass Kiew substantielle Zugeständnisse machen, konkret: Julija Tymoschenko freilassen muss.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Brüssel Julija Tymoschenko „frei pressen“ kann, wird allerdings auch mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nicht größer. Janukowytsch wird seine persönliche Gefangene nicht frei lassen – mit Sicherheit nicht vor der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 2015. Gering ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass er Julija Tymoschenko vor dem entscheidenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im November 2013 in Vilnius unter dem Druck der Europäischen Union zur medizinischen Behandlung nach Deutschland „abschieben“ lässt; sie würde vom Ausland aus Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um seine Wiederwahl im Jahre 2015 zu verhindern, auch wenn sie selbst wegen des Entzugs ihrer bürgerlichen Ehrenrechte nicht an der Präsidentschaftswahl teilnehmen könnte. Über allen strategischen und taktischen Erwägungen seiner Politik gegenüber Brüssel und Moskau steht für Wiktor Janukowytsch das Ziel seiner Wiederwahl im Jahre 2015. Würde er die nächsten Präsidentschaftswahlen verlieren – und diese Gefahr ist real, insbesondere wenn Julija Tymoschenko auf freiem Fuß wäre – so würden er und sein „Klan“, „Die Familie“ (ukr. *Simja*)¹⁰⁵ nicht nur das in den letzten drei Jahren zusammengeraffte Vermögen verlieren; mit großer Wahrscheinlichkeit würde Janukowytsch von seinem Nachfolger vor Gericht gestellt werden – und im Gefängnis landen, falls er nicht sein Heil im Moskauer Exil suchte. Doch scheint sich Janukowytsch auf einen unbehelligten Ruhestand einzurichten: Neben seiner Residenz „Meschyhirja“¹⁰⁶ – im Volksmund „Klein-Versailles“ – bei Kiew läßt er sich gegenwärtig – in zarischer Tradition – ein Lustschloss auf der Krim bauen. Existenzielle Gründe also zwingen ihn, seine gefährliche Rivalin gefangen zu halten.

Wie der Protest gegen die versuchten und gelungenen Wahlfälschungen der Regime-Partei der Regionen nach der Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012 zeigte, wäre gegen eine weitere Regression der Demokratie wachsender Widerstand aus der Bevölkerung zu erwarten, der nicht – wie im Jahre 2004 – friedlich bliebe. Die Opposition ging gestärkt aus der Wahlniederlage vom Oktober 2012 hervor. Der Widerstand gegen das Regime wächst, wie die bislang noch harmlose Kampagne der Opposition „Erhebe Dich –

¹⁰⁵ Die jungen Freunde („*druzja Saši*“) des ältesten Sohnes des Präsidenten Oleksandr, bilden den Nukleus eines neuen oligarchischen „Clans“, auf den sich ukrainische Journalisten (aber auch Politologen) seit einiger Zeit mit der Bezeichnung „Die Familie“ („*Sim’ja*“) beziehen. Offenkundig hat Präsident Janukowytsch den Ehrgeiz, durch rasche Anhäufung von Vermögen auch „geschäftlich“ in die Reihe der (Dollar-)Milliardäre vorzudringen – als Ziel per se, als „Alterssicherung“ – und um bei der Finanzierung seiner Wiederwahl im Jahre 2015 von den „Oligarchen“ unabhängig zu sein.

¹⁰⁶ DIN 1460: *Mežyhir’ja*.

Ukraine!“ („Vstavaj – Ukrajino!“) zeigt. Eine ernste Volkserhebung würde vom Regime mit Gewalt unterdrückt werden.

Eine zweite Wahl zum Präsidenten wird Janukowytsch mit Sicherheit nicht noch einmal gewinnen, wenn sie, wie seine Wahl im Februar 2010, nach dem Urteil der OSZE „free and fair“ wäre. Es ist davon auszugehen, dass Präsident Janukowytsch seine zweite Amtszeit bis zum Jahre 2020 durch Wahlbetrug erreicht – falls er nicht vorher durch ein manipuliertes Referendum eine andere Lösung findet oder die Wahl mit Hilfe des von ihm kontrollierten Parlaments und des fügsamen Verfassungsgerichts „verschieben“ läßt.

Und sollte das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union im November in Vilnius nicht unterzeichnet werden – und Präsident Janukowytsch als Folge einer solchen strategischen Myopie die Ukraine als Mitglied in die Eurasische Wirtschaftsunion einbringen, so ist mit einem bewaffneten Aufstand zu rechnen, den Präsident mit Sicherheit blutig niederschlagen lassen würde.¹⁰⁷ Statt politischer Stabilität in ihrer Nachbarschaft – dem vorrangigen Ziel der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ – hätte die Europäische Union das Gegenteil erreicht: Einen Unruheherd an ihrer Ostgrenze.

6. Eine neue Osteuropa-Politik der EU

Die chronische Spaltung der ukrainischen Gesellschaft in einen nach Europa orientierten und einen nach Russland tendierenden Teil spiegelt sich in ihrem Wahlverhalten wider. Die Überwindung dieser Spaltung der Ukraine könnte als ein Paradigma für Überwindung der Teilung Gesamt-Europas – in die Europäische Union und die Russländische Föderation – fungieren. Heute ist die Ukraine ein Transitland für Erdgas von Ost nach West; sie könnte ein Transitland für europäische politische Prinzipien von West nach Ost werden. Weil Russland und die Ukraine „für einander nicht Ausland“ sind, bestehen ideale Bedingungen für die Diffusion „europäischer“ Vorstellungen von Demokratie nach Russland. Darin liegt die europäische Funktion der Ukraine. Doch ihre Funktion als gesamteuropäischer Faktor kann die Ukraine nur ausüben, wenn sie Mitglied der Europäischen Union ist – nicht, wenn sie in einer eurasischen Union unter der Kuratel des Moskauer Kreml steht.

Die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine sind nicht unabhängig von den Beziehungen der Europäischen Union zu Russland. Die „Neue Nachbarschaftspolitik“ der Europäischen Union, die sich auf „Zwischeneuropa“, d. h., die sechs Staaten der

¹⁰⁷ Der Abgeordnete der Partei Svoboda, Jurij Mychal'čyn, sagte auf einer Pressekonferenz am 15.12.2012 „zählen Widerstand“ gegen eine „Änderung des „geo-politischen Kurses“ voraus; „...wir sind bereit, [...] die Ukrainer zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufzurufen“. Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 17.12.2012, unter Bezug auf die Agentur Interfaks-Ukraina.

<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2012/12/17/6979904/>>. In einem Interview mit der Internet-Zeitung „Ukrains'ka pravda“ (Tetjana Nikolajenko, Serhij Ščerbyna) kündigte der neu gewählte Zweite Stellvertretende Vorsitzende der Verchovna Rada, Ruslan Košulins'kij von der Partei Svoboda, u. a. eine Gesetzesinitiative an, die das freie Tragen von Waffen erlauben soll.
<<http://www.pravda.com.ua/articles/2012/12/17/6979875/>>.

Östlichen Partnerschaft bezieht, ist von untergeordneter Bedeutung; was die Europäische Union nötig hat, ist eine Neue Osteuropapolitik, eine kombinierte Russland- und Ukraine-Politik, in der nicht die Maxime „Russia first“ gilt, und in der die Ukraine nicht als ewiger Nachbar, sondern als potenzielles EU-Mitglied angesehen wird.

Der potenzielle *ökonomische* Konflikt zwischen Brüssel und Moskau, der aus der „wirtschaftlichen Zugehörigkeit“ der Ukraine zur Europäischen Union im Rahmen des gemeinsamen Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebietes (DCFTA) – nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens – resultieren kann, läßt sich durch die Schaffung eines Gemeinsamen Freihandelsraumes der Europäischen Union mit der Russländischen Föderation entschärfen. Nicht gelöst wäre damit das eigentliche Problem, das darin liegt, dass Präsident Putin die Ukraine zu brauchen meint, um Russland zu einer eigenständigen geopolitischen Entität machen zu können, zu einem der „Pole“ in einer multipolaren Welt. In der Tat ist Putins Ambition bzw. seine Vorstellung von der Rolle Russlands in der Welt nicht mit dem Beitritt zentralasiatischer Staaten wie den Armenhäusern Kirgisien oder Tadschikistan¹⁰⁸ zu befördern.

Für den „Verzicht“ auf die Ukraine ist ein Interessen-Ausgleich mit Russland erforderlich, der seinerseits nur durch die Schaffung einer gesamteuropäischen Supra-Struktur möglich erscheint, welche die Europäische Union und die Russländische Föderation umfasst. Die Europäische Union muss sich nicht nur zu einer „neuen Osteuropa-Politik“ durchringen, sondern zu einer „Gesamteuropa-Politik“.

Allerdings hat es die Europäische Union nun nicht mehr nur mit der Russländischen Föderation zu tun, sondern mit der Zollunion des Geeinten Wirtschaftsraumes bzw. ab dem 1. Januar 2015 mit der Eurasischen Wirtschaftsunion, der außer Russland bislang Weißrussland und Kasachstan, ab dem 1. Januar 2015 wahrscheinlich auch Kirgisien und Tadschikistan angehören werden. Die „Zentralasien-Strategie“ der Europäischen Union (vom Juni 2007) wird damit zu einem integrierten Teil einer neuen EU-Ostpolitik.

Um dem Ziel einer übergeordneten gesamteuropäischen Struktur näher zu kommen, sollte die Europäische Union – endlich – Moskaus pan-europäische Initiativen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit aufgreifen, nämlich Putins Vorschlag von einem Freihandelsraum „von Lissabon bis Wladiwostok“ und Medwedews Sicherheitsgemeinschaft „von Vancouver bis Wladiwostok“. Im Bereich Sicherheit hat die Europäische Union alle Ansätze zu einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur im Sande verlaufen lassen: den von Moskau vorgeschlagenen „Vertrag über europäische Sicherheit“, den „Korfu Prozess“ und insbesondere das „Meseberg Memorandum“. Und sie ist weit hinter den angekündigten wirtschaftlichen Kooperationsansätzen – Stichwort: Modernisierungspartnerschaft (2007 bis 2010) – zurückgeblieben.

Ich sehe in dem Konzept eines „Größeren Europas“ im Sinne einer pan-europäischen Supra-Struktur, einer Gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft,

¹⁰⁸ Die ärmsten Länder des ehemals sowjetischen Zentralasiens, Kirgisien und Tadschikistan, werden am 1. Januar 2015 der Eurasischen Wirtschaftsunion beitreten. Uzbekistan wird sich auch unter dem Nachfolger von Präsident Islam Karimov nicht Putins Eurasischen Union anschließen.

welche die – um die Ukraine erweiterte – Europäische Union und die Russländische Föderation mitsamt ihrer zentralasiatischen Extension umfasst, einen Ansatz zur Überwindung der erneuten Teilung Europas.

II. Conclusio

Österreich sollte sich – zusammen mit den unterzeichnungswilligen ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten – intergouvernemental und interparlamentarisch – bei den „skeptischen“ Regierungen anderer Mitgliedsländer der Europäischen Union für die Empfehlungen 1 bis 5 einsetzen.

Empfehlungen

- 1. Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU - Ukraine**
- 2. „Zeitweilige Anwendung“ des Titels IV des Assoziierungsabkommens**
- 3. Beitrittsperspektive**
- 4. Visa-freies Einreise-Regime**
- 5. Unterstützung der Ukraine in ihrem Bemühen um ein „Arrangement“ mit Russlands eurasischem Integrationsprojekt**

Eine realistische Vision:

- 6. Eine neue Osteuropa-Politik der Europäischen Union**

1. Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU - Ukraine

Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens EU - Ukraine – einschließlich der Schaffung eines gemeinsamen „Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebietes“ / DCFTA

Unter dem Vorbehalt *hinreichenden* Fortschritts bei der Erfüllung der „Erwartungen“ des Europäischen Rates für auswärtige Angelegenheiten an die Behörden in Kiew in den drei Bereichen selektive Justiz, elektoraler Kodex und Assoziierungsagenda, die in den „Council Conclusions“ vom 10. Dezember 2012 genauer benannt wurden – sieht die Europäische Union die Unterzeichnung des paraphierten EU-Ukraine

Assoziierungsabkommens mit der Ukraine (durch die 28 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer) auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 28. und 29. November 2013 in Vilnius / Litauen vor. Die letzte Entscheidung treffen die Mitgliedsländer vor dem ÖP-Gipfeltreffen in Vilnius, möglicherweise bereits Ende September 2013.

Empfehlung:

Die Staats- und Regierungschefs der EU sollten das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen im November 2013 in Vilnius unterzeichnen – auch dann, wenn der konkrete Fall „selektiver Justiz“ bis dahin nicht gelöst sein sollte, d. h. auch wenn Julija Tymoschenko sich bis dahin noch in Haft befinden sollte.

Begründung:

Auch wenn es von der Unterzeichnung bis zur Ratifizierung durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedsländer noch ein weiter Weg ist,¹⁰⁹ werden mit der Unterzeichnung die Weichen in der Ukraine in Richtung Europäische Union gestellt. Das Assoziierungsabkommen ist eine Agenda für Reformen in der Ukraine und ein Orientierungsrahmen für die weitere ökonomische und politische Entwicklung der Ukraine.

Für Präsident Janukovyč ist die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens ein diplomatischer Pyrrhus-Sieg: Die Europäische Union bekommt wirksame Hebel in die Hand, um die Politik in der Ukraine zu beeinflussen. Das Assoziierungsabkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, auf dessen Einhaltung die Europäische Union pochen kann. Das Prinzip der Konditionalität bei der Unterstützung von Reformen in der Ukraine gewinnt nach der Unterzeichnung an Wirksamkeit.

Für die ukrainische Opposition ist das Abkommen ein „Referenz-Dokument“ – analog der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki. Mit der Unterzeichnung wird das autoritäre Regime Janukovyč unterminiert werden – in einer gewissen Analogie zu den Konsequenzen, die „Helsinki“ auf die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten hatte.

Es ist nicht sicher, dass die Ukraine eine zweite Chance für die Assoziierung mit der EU bekommen wird. Das Abkommen könne von der Tagesordnung genommen werden, wenn es nicht auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im November 2013 in Vilnius unterzeichnet wird. “We can’t wait – the window of opportunity is now. [...] Timing matters in politics.” (Erweiterungskommissar Štefan Füle¹¹⁰).

¹⁰⁹ Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Ukraine, das durch das Assoziierungsabkommen abgelöst wird, wurde im Juni 1994 unterzeichnet und trat im März 1998, vier Jahre später, in Kraft, nachdem alle nationalen Parlamente der (damals nur) zwölf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft(en) das Vertragswerk unterzeichnet hatten.

¹¹⁰ Anfang Februar 2013 in Kiew.

Einwände

Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens ohne vorherige Lösung des Problems der selektiven Justiz, konkret, ohne Freilassung Julija Tymoschenkos, setzt die Europäische Union ihre Glaubwürdigkeit auf's Spiel. Die Unterzeichnung könnte als eine implizite Tolerierung des autoritären Regimes des Präsidenten Janukovyč um wirtschaftlicher Vorteile willen gedeutet werden – oder bestenfalls als Brüsseler geopolitischer „Gestaltungswille“ in der EU-Nachbarschaft. Eine derartige „Realpolitik“ ist nicht gegenüber einem Land angebracht, dessen Integration in das eigene Wertesystem angestrebt wird.

Des Weiteren untergräbt die Unterzeichnung unter diesen Umständen das „more-for-more“ Prinzip (more funds for more reform) der Europäischen Nachbarschaftspolitik – und schwächt dadurch den Einfluss der Europäischen Union auf die innere politische Entwicklung ihrer Partnerstaaten.¹¹¹

Gegen-Argumente

Doch dagegen läßt sich einwenden, dass die Integration der Ukraine in den Werteraum der Europäischen Union nicht durch einen konfrontativen Kurs gegen das herrschende Regime zu bewerkstelligen ist. Die Folge einer Verschiebung der Unterzeichnung – etwa auf die Zeit „nach Janukowytsch“ – wäre, dass Präsident Janukowytsch keine Rücksicht mehr auf „Brüssel“ nehmen würde, wie er es bislang ohne Zweifel tut. In Anbetracht des Charakters des Präsidenten Janukovyč „verschöbe“ sich damit auch die Freilassung seiner persönlichen Gefangenen Julija Tymoschenkos.

Eine Einfrierung der Unterzeichnung, wie von einigen EU-Politikern gefordert, würde die politische Situation in der Ukraine verschärfen. Die Folge wäre nicht nur eine faktische Isolierung des Regimes in Kiew, sondern auch und eine Entfremdung des Landes Ukraine und seiner Bevölkerung von der Europäischen Union.

Wenn das Assoziierungsabkommen im November 2013 in Vilnius nicht unterzeichnet wird, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es Moskau gelingt, die Ukraine in die „Zollunion des Einigen Wirtschaftsraumes“ – bzw. in die „Eurasische Wirtschaftsunion“ (2015) – zu „ziehen. Die Ukraine würde damit aus der Östlichen Partnerschaft ausscheiden – und den „Orbit“ der Europäischen Union verlassen. Das Regime Janukowytsch würde sich den autoritären Systemen Russlands, Weißrusslands und Kasachstans angleichen.

¹¹¹ Iryna Solonenko: Between Brussels and Vilnius: will Ukraine manage to seize the moment? in: Kyiv Post, 26.02.2013. Iryna Solonenko ist Projektleiterin des "[European Integration Index for Eastern Partnership Countries](#)", Europäische Universität Viadrina, Frankfurt / Oder.

Bemerkung ad „Vorbehalt *hinreichenden Fortschritts*“

Die Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union sei derart wichtig für die Zukunft der Ukraine, dass die Europäische Union „über die ungenügende Erfüllung verschiedener Forderungen hinwegsehen“ und das Abkommen unterzeichnen sollte, argumentiert auch Paweł Kowal (Polen, MdEP), der Vorsitzende des Kooperationskomitees des Europäischen Parlaments mit der Werchowna Rada).

Bemerkung ad Julija Tymoschenko

Julija Tymoschenko selbst unterstützt entschieden die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, selbst wenn ihre strafrechtliche Verfolgung nicht eingestellt wird, wie Jan Tombinski, der Botschafter der Europäischen Union in Kiew, und John Tefft, der Botschafter der USA in der Ukraine, nach ihrem Besuch bei Julija Tymoschenko im Krankenhaus am 23. Mai in Charkiv berichteten. Bereits zuvor hatte Julija Tymoschenko in einem Brief an führende Vertreter der Europäischen Union dazu aufgerufen, das Assoziierungsabkommen ungeachtet ihrer persönlichen Situation zu unterzeichnen.

2. „Zeitweilige Anwendung“ des Titels IV des Assoziierungsabkommens

Unter Punkt 3 der Gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer des XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffens wird die Möglichkeit einer „vorläufigen Anwendung (provisonal application) von Teilen des Abkommens“ (vor dessen Ratifizierung) eingeräumt.¹¹²

Die Europäische Kommission kann Handelsverträge ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente abschließen.

Empfehlung

Der Titel 4 des Assoziierungsabkommens, der die Vereinbarungen über die Schaffung eines gemeinsamen „Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebietes“ (DCFTA) beinhaltet, sollte so schnell wie technisch möglich nach der Unterzeichnung als Interim-Abkommen in Kraft gesetzt werden.

Begründung

¹¹² Council of the European Union: 16th EU-Ukraine Summit: Joint Statement, Brussels, 25 February 2013 (6811/13). <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/135667.pdf>. Der Rat der EU-Außenminister ließ dies expressis verbis bereits auf seiner Sitzung am 18. Februar 2013 zu. „The signature could be accompanied by opening for provisional application of parts of the Agreement.“ Council of the European Union, Council conclusions on the Eastern Partnership, 3222nd Foreign Affairs Council meeting, Brussels, 18 February 2013.

Es besteht die begründete Hoffnung, dass sich die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung positiv auf die politischen Verhältnisse in der Ukraine auswirken wird – ganz im Sinne der Maxime „Wandel durch Handel“. Diese Meinung vertritt auch der polnische Europa-Abgeordnete Paweł Kowal: „Das Abkommen hat per se ein gewaltiges Reformpotenzial: Die Ukraine wird gezwungen, sich zu ändern.“¹¹³

Anmerkung

Unter normalen Umständen betrifft die provisorische Anwendung technische Aspekte des Handels, wie Kommissar Füle in einer Rede am 7. Februar 2013 in Kiew sagte.¹¹⁴ „Wir hoffen, ein Paket für die vorläufige Anwendung vorschlagen zu können, das nicht nur technische und handelsbezogene Fragen enthält, sondern auch einige wichtige Fragen bezüglich der Rechtsstaatlichkeit, der Stärkung der Demokratie, der Grundfreiheiten“. Laut Füle könnte die vorläufige Anwendung in wenigen Wochen oder Monaten nach der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft treten, während der Ratifizierungsprozess eineinhalb bis zwei Jahre dauern kann.¹¹⁵

3. Beitrittsperspektive

Der Artikel 49 des konsolidierten Vertrages über die Europäische Union (VEU) sowie des Vertrages von Lissabon gesteht jedem *europäischen* Land das Recht zu, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu beantragen – unter der Voraussetzung, dass es die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Obwohl die Ukraine – unbestritten¹¹⁶ – „ein europäisches Land ist, wird sie in der fehl konstruierten Europäischen Nachbarschaftspolitik zusammen mit nordafrikanischen und westasiatischen Staaten *dauerhaft* in der „Nachbarschaft“ der Europäischen Union verortet; auch die Östliche Partnerschaft, in welche die Ukraine einbezogen ist, wurde *expressis verbis* als Alternative zur Mitgliedschaft konzipiert.

Das Assoziierungsabkommen ist – praktisch – eine Vorbereitung auf die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union. Deshalb ist unverständlich, warum sich die EU weigerte, in die Präambel eine Beitrittsperspektive für die Ukraine aufzunehmen.

¹¹³ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 26.02.2013, unter Bezug auf Zaxid.net, die ihrerseits einen Kommentar Kowals in der polnischen Zeitung Rzeczpospolita zitiert.
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/26/6984388/>>. Zaxid.net, 26.02.2013;
<http://zaxid.net/home/showSingleNews.do?yes_narobiv_pomilok_u_stosunkah_z_ukrayinoyu_yevrodep_utat&objectId=1278886>.

¹¹⁴ vor Mitgliedern des Ministerkabinetts und der Verchovna Rada, Vertretern der bürgerschaftlichen Gesellschaft und Studenten der Nationalen Universität der Kiewer Mohyla Akademie (NaUKMA)

¹¹⁵ eu-ukraine cooperation news, 08 February 2013,
<<http://euukrainecoop.com/2013/02/08/fuele/>>.

¹¹⁶ In der palliativen Brüsseler Rhetorik wird der Ukraine immerhin der Status eines „Mitglieds der europäischen Familie“ zugestanden.

Empfehlung

Die Europäische Union sollte offiziell ihre *grundsätzliche* Bereitschaft erklären, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen, sobald diese die nötigen Voraussetzungen erfüllt. Eine derartige „Beitrittsperspektive“ (Aussicht auf Mitgliedschaft) sollte – nachträglich – in die Präambel des Assoziierungsabkommens aufgenommen werden.

Begründung

Die Aussicht auf eine ökonomisch-technische Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft durch „tiefgreifenden und umfassenden Freihandel“ – Titel 4 des Assoziierungsabkommens – reicht nicht aus, um die erforderlichen fundamentalen Reformen durchzusetzen; zu stark sind die kurzfristigen partikularen politischen und ökonomischen Interessen am Status quo.

Ohne Beitrittsperspektive ist eine tiefgreifende und nachhaltige Umgestaltung der Ukraine nicht möglich. Wie Erweiterungskommissar Füle selbst sagte: “The EU membership perspective is the most powerful tool to transform whole countries and regions.” Die Beitrittsperspektive ist realiter die einzige wirksame Einflussmöglichkeit, welche die Europäische Union hat.

Die Aussicht auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist auch der einzige gemeinsame Punkt („rallying point“), auf den sich die *Regime-Partei der Regionen* und die Opposition verständigen können. Drei Tage vor dem Gipfeltreffen (am 25. Februar 2013) nahm die Werchowna Rada mit 315 Stimmen (von 349 anwesenden Abgeordneten), also nicht nur mit den Stimmen der Opposition (150), sondern auch eines großen Teils der *Partei der Regionen* (149), eine Erklärung an, in der sie sich für die Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union ausspricht.¹¹⁷ Ohne einen minimalen Konsens von Opposition und Regierung in diesem Punkt bleibt die Konditionalität in der Ukraine-Politik der EU schwach.

Die Gewährung einer Beitrittsperspektive ist nicht gleichbedeutend mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, weshalb die „Netto-Zahler“ unter den Mitgliedsländern der Europäischen Union in absehbarer Zeit keine finanziellen Belastungen fürchten, und die „Netto-Empfänger“ nicht um ihre Anteile am Struktur-Fonds bangen müssen. Bis zu einem formalen Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (der in der Regel erst gestellt wird, wenn die Europäische Union grünes Licht signalisiert) kann mit einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren gerechnet werden. Kroatien, das am 1. Juli

¹¹⁷ Ukrainskaja pravda (russ. Ausgabe), 22.02.2013;
<<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2013/02/22/6984114/>>.

2013 als Mitglied aufgenommen wurden, hatte diesen Wunsch bereits nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 geäußert. Den Antrag auf Mitgliedschaft stellte Kroatien im Jahre 2003; die Beitrittsverhandlungen wurden im Jahre 2005 aufgenommen.

Anmerkung

Die Europäische Union ist weder „über-erweitert“ noch „über-vertieft“, wie Peter Schmidt (SWP) meint.¹¹⁸ Der europäische Integrationsprozess findet sein „natürliches“ Ende, wenn alle europäischen Staaten (außer Russland) Mitglieder der Europäischen Union sind. Und der Prozess der Vertiefung endet erst dann, wenn die Europäische Union eine genuine politische Union geworden sein wird.

4. Visum-freies Einreise-Regime

Am 29. Oktober 2008 wurde der Visa-Liberalisierungsdialog (Visa Liberalization Dialogue) zwischen der Europäischen Union und der Ukraine ins Leben gerufen. Auf dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 22. November 2010 vereinbarten beide Seiten einen zweistufigen Aktionsplan für die Einführung eines visumfreies Regimes für ukrainische Staatsbürger. Am 7. Februar 2011 bildete die ukrainische Regierung ein Koordinationszentrum für die Implementation des Aktionsplans, und am 22. April 2011 dekretierte Präsident Janukowytsch einen Nationalen Plan zur Implementation des EU-Ukraine Aktionsplans.

Am 1. Juli 2013 trat eine Ergänzung zum „Visaerleichterungsabkommen“ (visa facilitation agreement) vom 1. Januar 2008) zwischen der Europäischen Union und der Ukraine in Kraft; sie war am 18. April 2013 vom Europäischen Parlament ratifiziert worden.¹¹⁹ Das novellierte Abkommen vereinfacht die Anforderungen an den Nachweis für den Zweck der Reise für einen größeren Kreis von Antragstellern (Vertreter von NGOs, Journalisten, Teilnehmer an internationalen Konferenzen u. a) und beinhaltet darüber hinaus weitere Erleichterungen.

Empfehlung

Unter der Voraussetzung, dass die Ukraine die erste, legislative Phase des Aktionsplans für Visa-Liberalisierung (Action Plan for Visa Liberalization) bis zum Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013 in Vilnius

¹¹⁸ Experten-Workshop des IILP und des Büros für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport: Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU, Wien, 7. - 9. Juni 2013.

¹¹⁹ Agreement between the European Union and Ukraine amending the Agreement between the European Community and Ukraine on the facilitation of the issuance of visas; <http://ec.europa.eu/home-affairs/what-is-new/news/news/2013/docs/20130701_vfa_agreement_ukraine_en.pdf>.

abschließt (bei Beginn der parlamentarischen Sommer-Pause am 5. Juli 2013 stand die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen noch aus), sollte die Europäische Union den Übergang zur zweiten Phase des Aktionsplans unverzüglich in die Wege leiten – und nicht durch „hyper-kritische“ Argumente skeptischer Mitgliedsländer hinauszögern.

Begründung

Der „demokratische Geist“ in der ukrainischen Bevölkerung muss gestärkt werden, um den autoritären Tendenzen des gegenwärtigen Regimes in der Ukraine entgegenzuwirken. Ein wichtiges Mittel dazu sind Reisen von ukrainischen Staatsbürgern in Mitgliedsländer der Europäischen Union. Die Visumfreiheit sollte deshalb so schnell wie möglich für alle ukrainischen Staatsbürger eingeführt werden.

5. Unterstützung der Ukraine in ihrem Bemühen um ein „Arrangement“ mit Russlands eurasischem Integrationsprojekt

Štefan Füle, der Kommissar für Erweiterung und die ENP, sagte vor seinem Besuch in Kiew Anfang Februar 2013, die EU wünsche gute Beziehungen zwischen Kiew und Moskau.¹²⁰ Die Ukraine könne an einigen spezifischen Regelungen der Zollunion (Russland, Weißrussland und Kasachstan) teilnehmen, solange sie nicht mit Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen konfliktieren.

Empfehlung

Die Europäische Union sollte – nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens – die Ukraine darin unterstützen, einen modus co-operandi mit der Zollunion des Geeinten Wirtschaftsraumes, bzw. ab dem 1. Januar 2015 mit der Eurasischen Wirtschaftsunion, zu finden, der mit ihrer Zugehörigkeit zum gemeinsamen EU-Ukraine „Tiefgreifenden und Umfassenden Freihandelsgebiet“ kompatibel ist.

Begründung

Zu Recht bemüht sich die Ukraine um eine optimale Form der Kooperation mit der Zollunion des Geeinten Wirtschaftsraumes bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion. Sie wickelt ein Drittel ihres Außenhandels mit diesem Raum ab. Kiew selbst ist bemüht, einen Modus zu finden, der mit der Zugehörigkeit der Ukraine zu einem gemeinsamen Freihandelsgebiet mit der EU kompatibel ist. Gute russisch-ukrainische Beziehungen

¹²⁰ in einem exklusiven Interview mit der Agentur *Interfaks Ukraina*.

liegen im Interesse der Europäischen Union, die daher die ukrainischen Bemühungen um ein Arrangement mit Moskaus eurasischem Integrationsprojekt unterstützen sollte.

6. Eine neue Osteuropa-Politik der Europäischen Union – eine realistische Vision

Während die Empfehlungen 1 bis 3 kurzfristig, 4 und 5 mittelfristig erfüllt werden können, ist Punkt 6 eine Empfehlung auf längere Sicht.

Empfehlung

Eine neue Osteuropa-Politik der Europäischen Union mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Freihandelsraumes EU (inklusive Ukraine) und Eurasischer Wirtschaftsunion.

Die Europäische Union sollte Moskaus gesamteuropäische Initiativen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit aufgreifen und die Integration Russlands in zu schaffende „pan-europäische“ Strukturen anstreben – mit dem Fernziel einer Gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft.

Begründung

Europa ist erneut geteilt – in einen „unierten“ Teil, die Europäische Union, und in einen „russischen Teil“, die Russländische Föderation. Diese Teilung verfestigt sich durch die ziellose „Ostpolitik“ der Europäischen Union. Die Überwindung der erneuten Teilung Europas sollte Ziel einer neuen Osteuropa-Politik der Europäischen Union sein.

Die „Neue Nachbarschaftspolitik“ der Europäischen Union, die sich auf „Zwischeneuropa“, d. h., auf die sechs Staaten der Östlichen Partnerschaft bezieht, ist von untergeordneter Bedeutung; was die Europäische Union nötig hat, ist eine neue Osteuropa-Politik, eine kombinierte Russland- und Ukraine-Politik, in der nicht „Russia first“ gilt, und in der die Ukraine nicht als ewiger Nachbar, sondern als potenzielles EU-Mitglied figuriert. Die von Peter W. Schulze vorgeschlagene „gemeinsame Verantwortung“ Russlands und der Europäischen Union für die Ukraine hat den Gout eines quasi-kolonialen Condominiums.

Die Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union und ihre Integration in deren Binnenmarkt trägt den Keim eines ernststen Konfliktes zwischen Europäischen Union und Russland in sich. Moskau sieht darin einen „Verlust“ für Russland. Brüssel sollte die „europäische Integration“ der Ukraine so gestalten, dass daraus eine „win win“ Entwicklung für alle drei Seiten entsteht. Gernot Erler plädiert für die Wiederbelebung

der Modernisierungspartnerschaft der Europäischen Union mit Russland.¹²¹ Von dieser Partnerschaft, wenn sie denn wirklich stattfände, sind stärkere Impulse für die Entwicklung einer international wettbewerbsfähigen Industrie in Russland zu erwarten als von der Schaffung einer Eurasische Wirtschaftsunion, die Präsident Putin betreibt – wohl auch deshalb, weil die Europäische Union seit einigen Jahren Russland die kalte Schulter zeigt.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trans-Atlantic Free Trade Agreement / TAFTA) – auch: Transatlantische Handels- und Investment- Partnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership / TTIP) – über welche die Europäische Union und die USA seit dem 8. Juli 2013 verhandeln, birgt für Russland die Gefahr der Marginalisierung, insbesondere dann, wenn die USA zum Exporteur von unkonventionellem Erdgas aufsteigen. In diesem Kontext liegt eine Chance für einen Interessen-Ausgleich mit Russland bezüglich der Ukraine, in welchem die Europäische Union als Wahrer der Interessen Russlands in dieser „Wirtschafts-NATO“ fungieren kann.

¹²¹ Gernot Erler: Schluss mit dem Russland-Bashing!, in: Die Zeit, 29.5.2013, Nr. 23; <<http://www.zeit.de/2013/23/europa-russland-kritik/komplettansicht?print=true>>.